Landeshauptstadt Hannover - 50.60 - Datum 27.04.2021

Einladung

zur 41. Sitzung des Ausschusses für Integration, Europa und Internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss)
am Donnerstag, 6. Mai 2021, 17.30 Uhr, Rathaus, Ratssaal

Tagesordnung:

I. ÖFFENTLICHER TEIL

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung

2. Einwohner*innenfragestunde

3. Genehmigung von Protokollen

3.1. Genehmigung des Protokolls über die 37. Sitzung des Ausschusses für Integration, Europa und Internationale Kooperation am 21.1.2021 - Öffentlicher Teil

3.2. Genehmigung des Protokolls über die 38. Sitzung des Ausschusses für Integration, Europa und Internationale Kooperation am 18.2.2021

4. Antrag der Gruppe DIE LINKE & PIRATEN zu einer Kooperation mit der Inselhauptstadt Mahón und der Stiftung „FUNDACIÓ HOSPITAL DE L'ILLA DEL REI" auf Menorca (Spanien) in Bezug auf die historischen Beziehungen zwischen Hannover und Menorca
(Drucks. Nr. 0968/2021)

5. Beitritt der Landeshauptstadt Hannover zum European Chapter der Mayors for Peace
(Drucks. Nr. 0963/2021 mit 2 Anlagen) - bereits übersandt

6. Antrag auf Zuwendung aus Mitteln des Integrationsfonds 2021 an den Verein gEMiDe e.V. für das Projekt: „Jugend trotzt Corona"
(Drucks. Nr. 0954/2021)

7. Auswertung der telefonischen Fachberatung zum Schutz von Kindern und Jugendlichen in der Zeit vom 01.01.2020 – 31.12.2020
(Informationsdrucks. Nr. 0658/2021 mit 1 Anlage) - bereits übersandt

8. Bericht der Dezernentin

9. Aktuelles

Onay

Oberbürgermeister



Handlungsanweisung Gremiensitzungen_20-10-2020.pdf

Handlungsanweisungen für politische Gremiensitzungen

Sehr geehrte Teilnehmer*innen von Rats-, Fachausschuss-, Stadtbezirksrats- und Integrationsbeiratssitzungen,

aufgrund der aktuellen Situation verfolgt die Landeshauptstadt Hannover das Ziel, eine Ansteckung mit dem Corona Virus möglichst zu verhindern, um so die Ausweitung der Erkrankung COVID-19 aktiv einzudämmen.

Dies ist neben dem ganz persönlichen Schutz jeder einzelnen Person auch deshalb wichtig, weil es die Basis zur Aufrechterhaltung des öffentlichen Lebens insgesamt ist.

Dafür bitten wir Sie um Ihre Unterstützung!

Bitte halten Sie die notwendigen Hygiene- und Abstandsregelungen ein, die laut Robert Koch-Institut (RKI) im Rahmen einer Pandemie grundsätzlich für alle Menschen gelten (s. auch www.infektionsschutz.de).

Die Mitglieder der Gremien und Mitarbeitenden der Stadtverwaltung sollen vor einer Ansteckung im Rahmen der Wahrnehmung ihrer politischen oder dienstlichen Tätigkeiten geschützt werden.

Deshalb werden ab sofort folgende Maßnahmen getroffen:

- Die o. g. Gremien tagen nach den Vorschriften des Kommunalrechts öffentlich. Für die Sitzungen der Integrationsbeiräte werden die Vorschriften analog angewendet. Da auch von den Besucher*innen der Sitzungen einen Mindestabstand von 1,5 m einzuhalten ist, wird es je nach Größe des Zuschauer*innenbereichs zu einer Beschränkung der Anzahl der Besucher*innen kommen. Diese wird im HCC und im Rathaus durch eine Einlasskontrolle zentral geregelt. Bei Sitzungen in den Stadtbezirken ist dies im Rahmen des Hausrechtes durch die Bezirksbürgermeister*innen in Kooperation mit der Stadtbezirksratsbetreuung und den örtlich Zuständigen der Veranstaltungsorte sicherzustellen.

- Für jede Sitzung werden im Eingangsbereich Mund-Nasen-Masken zur Verfügung gestellt. Gemäß der Niedersächsischen Corona-Verordnung ist jede*r Besucher*in von Veranstaltungen in geschlossenen Räumen verpflichtet, eine Mund-Nasen-Bedeckung zu tragen.

- Alle Sitzungen finden in ausreichend großen Räumen statt, so dass jeweils mindestens 1,5 m Abstand zwischen einzelnen Sitzplätzen der Gremienmitglieder gewährleistet ist.

Darüber hinaus bitten wir Sie um Einhaltung der üblichen Hygienemaßnahmen:

- Halten Sie Abstand
- Vermeiden Sie das Händegeben
- Husten oder Niesen Sie in die Armbeuge, drehen Sie sich dabei von anderen Personen weg
- Vermeiden Sie Augen, Nase oder Mund zu berühren
- Nutzen Sie Einmaltaschentücher und entsorgen Sie diese sicher
- Waschen Sie sich nach Personenkontakten, nach der Benutzung von Sanitäreinrichtungen und bei Kontakt mit Gegenständen oder Materialien, die mit Viren verunreinigt sein können, gründlich die Hände

Vielen Dank für Ihre Mitwirkung!

Landeshauptstadt Hannover - 50.60 - Datum 15.06.2021

PROTOKOLL

41. Sitzung des Ausschusses für Integration, Europa und Internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss)
am Donnerstag, 6. Mai 2021, Rathaus, Ratssaal, Sitzung in Hybridform

Beginn	17.35 Uhr
Ende	18.33 Uhr

Anwesend:

Bürgermeister Hermann	(SPD)	
Ratsfrau Jeschke	(CDU)	per Videokonferenz
Ratsherr Engelke	(FDP)	i.V. Ratsherr Döring per Videokonferenz
Ratsherr Finck	(SPD)	per Videokonferenz
Ratsfrau Iri	(SPD)	per Videokonferenz
Ratsherr Jacobs	(AfD)	
Ratsherr Klapproth	(CDU)	
Bürgermeisterin Kramarek	(Bündnis 90/Die Grünen)	per Videokonferenz
Ratsfrau Dr. Matz	(CDU)	per Videokonferenz
Ratsfrau Neveling	(Bündnis 90/Die Grünen)	per Videokonferenz
Ratsherr Wolf	(LINKE & PIRATEN)	i.V. Ratsherr Yildirim

Beratende Mitglieder:

Frau Bokah Tamejani	per Videokonferenz
Herr Dipl.-Ing. Faridi	per Videokonferenz
Frau Hanesyan	per Videokonferenz
Herr Prof. Dr. Ing. Khoramnia	
Herr Lam	
Herr Dr. Ramani	
Herr Tschernow	

Verwaltung:

Stadträtin Bruns	Dezernat III	
Frau Dr. Doering	50.6	
Frau Bartoszak	51.25	per Videokonferenz
Frau Meschkat-Peters	15.22	
Frau Aster	61.65	per Videokonferenz
Herr Dr. Behrendt	50.60	per Videokonferenz
Herr Khoshbeen	50.60 Berichterstattung	
Herr Haushahn	50.60 Technik	
Frau Hannig-Schohaus	50.60 Ausschussbetreuung/Protokoll	

Tagesordnung:

I. Ö F F E N T L I C H E R T E I L

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung

2. Einwohner*innenfragestunde

3. Genehmigung von Protokollen

3.1. Genehmigung des Protokolls über die 37. Sitzung des Ausschusses für Integration, Europa und Internationale Kooperation am 21.1.2021 - Öffentlicher Teil

3.2. Genehmigung des Protokolls über die 38. Sitzung des Ausschusses für Integration, Europa und Internationale Kooperation am 18.2.2021

4. Antrag der Gruppe DIE LINKE & PIRATEN zu einer Kooperation mit der Inselhauptstadt Mahón und der Stiftung „FUNDACIÓ HOSPITAL DE L'ILLA DEL REI" auf Menorca (Spanien) in Bezug auf die historischen Beziehungen zwischen Hannover und Menorca
(Drucks. Nr. 0968/2021)

5. Beitritt der Landeshauptstadt Hannover zum European Chapter der Mayors for Peace
(Drucks. Nr. 0963/2021 mit 2 Anlagen)

6. Antrag auf Zuwendung aus Mitteln des Integrationsfonds 2021 an den Verein gEMiDe e.V. für das Projekt: „Jugend trotzt Corona"
(Drucks. Nr. 0954/2021)

7. Auswertung der telefonischen Fachberatung zum Schutz von Kindern und Jugendlichen in der Zeit vom 01.01.2020 – 31.12.2020
(Informationsdrucks. Nr. 0658/2021 mit 1 Anlage)

8. Bericht der Dezernentin

9. Aktuelles

I. Ö F F E N T L I C H E R T E I L

TOP 1.
Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung

Vorsitzender Bürgermeister Hermann eröffnet die Sitzung um 17:35 Uhr. Er stellt die fristgerechte und ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Vorsitzender Bürgermeister Hermann erinnert an die pandemische Lage und daran, dass die Sitzung in Hybridform stattfinde. Er bitte, im vertraulichen Teil der Sitzung sicherzustellen, dass niemand anwesend sei, der nicht berechtigt sei.

Ratsfrau Iri sagt, dass die SPD-Fraktion den Tagesordnungspunkt 4 in die Fraktion ziehen wolle.

Die Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

TOP 2.
Einwohner*innenfragestunde

Es sind keine Einwohner*innen anwesend.

TOP 3.
Genehmigung von Protokollen

TOP 3.1.
Genehmigung des Protokolls über die 37. Sitzung des Ausschusses für Integration, Europa und Internationale Kooperation am 21.1.2021 - Öffentlicher Teil

9 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 2 Enthaltungen

TOP 3.2.
Genehmigung des Protokolls über die 38. Sitzung des Ausschusses für Integration, Europa und Internationale Kooperation am 18.2.2021

9 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 2 Enthaltungen

TOP 4.
Antrag der Gruppe DIE LINKE & PIRATEN zu einer Kooperation mit der Inselhauptstadt Mahón und der Stiftung „FUNDACIÓ HOSPITAL DE L'ILLA DEL REI" auf Menorca (Spanien) in Bezug auf die historischen Beziehungen zwischen Hannover und Menorca
(Drucks. Nr. 0968/2021)

Auf Wunsch der SPD in die Fraktionen gezogen

TOP 5.

Beitritt der Landeshauptstadt Hannover zum European Chapter der Mayors for Peace (Drucks. Nr. 0963/2021 mit 2 Anlagen)

Vorsitzender Bürgermeister Hermann begrüßt Frau Meschkat-Peters vom Mayors for Peace-Büro im Grundsatzreferat des Oberbürgermeisters und bittet um das Einverständnis der Ausschussmitglieder Frau Meschkat-Peters kurz das Wort zu erteilen, damit diese zum einen über das European Chapter der Mayors for Peace und zum anderen über die Bundeskonferenz der Mayors for Peace berichten könne.

Die Ausschussmitglieder signalisieren ihre Zustimmung.

Frau Meschkat-Peters informiert, dass die Landeshauptstadt Hannover seit 1983 im Bündnis der Mayors for Peace aktiv sei. Hannover stehe in einer besonderen Friedensverantwortung, da die Stadt als Partnerstadt Hiroshimas eine besondere Rolle in diesem Bündnis einnehme. Alle zwei Jahre fände die Bundeskonferenz der Bürgermeister*innen für den Frieden statt. In diesem Jahr habe es eine digitale Sitzung gegeben. Das digitale Format habe die Chance geboten, einen sehr großen Kreis von Bürgermeister*innen und Mitarbeiter*innen von Internationalen Büros zu erreichen. Am Vorabend der Konferenz habe es am 15.4.2021 eine digitale öffentliche Abendveranstaltung mit dem Thema „Im Dialog mit Russland – Auf der Suche nach Vertrauen“ gegeben, die von weit über 70 Personen besucht worden sei. Am 16.4.2021 habe man sich zur Konferenz der Bürgermeister*innen für den Frieden getroffen. Das digitale Meeting sei vom hannoverschen Rathaus aus organisiert worden. Die große Zahl von über 90 teilnehmende Bürgermeister*innen wäre mit einer Präsenzveranstaltung vermutlich nicht erreicht worden. Das Auswärtige Amt sei durch den Referatsleiter Herrn Siegfried vertreten gewesen, der über den Stand der Abrüstungspolitik, der Rüstungskontrolle und Nicht-Verbreitung aus Sicht der Bundesregierung informiert habe. Wichtig für die Teilnehmenden sei die Haltung der Bundesregierung zum Atomwaffenkontrollvertrag gewesen. Sie erinnere in diesem Zusammenhang an den Beitritt Hannovers zum ICAN-Städteappell, der an die Regierungen appelliere, dem Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten. Das nächste Ziel der Bürgermeister*innen für den Frieden sei es, die Bundesregierung als Beobachterin zur ersten Vertragsstaatenkonferenz zum Atomwaffenverbotsvertrag in Wien zu gewinnen. Auf dem Treffen sei über Best-Practice-Beispiele verschiedener Städte berichtet worden. Hannover habe die Ausstellung des hannoverschen Fotografen Thomas Damm über die Opfer des als „Schwarzer Regen“ bezeichneten radioaktiven Fallouts im Umkreis von Hiroshima vorgestellt, die vom 23. Juli bis zum 23. August in der Galerie für Fotografie in der Südstadt gezeigt werde. Diese Ausstellung sei auf viel Interesse gestoßen und werde vermutlich in der Folge auf Tour gehen. Des Weiteren habe das Mayors for Peace Büro Hannover die Veranstaltungsreihe „Frieden 2020+“ vorgestellt, die Vorträge, Kunstaktionen und Gedenkveranstaltungen umfasse. Der Endpunkt werde in diesem Jahr der Flaggentag am 8. Juli sein, der mit einer Lesung und einer Aktion für Schüler*innen enden werde. Thema des Treffens sei zudem die Gründung eines „European Chapter der Mayors for Peace“ gewesen, zu der die Beschlussdrucksache vorliege. Anlässlich eines Treffens der europäischen Städte mit Hiroshima im Jahr 2019 in Hannover sei festgestellt worden, dass sich die Sicherheitslage durch die Aufkündigung des INF-Vertrages über die Vernichtung aller Mittelstreckenraketen durch die USA und Russland in Europa verändert habe. Dieser Vertrag existiere nicht mehr und es gebe auch keinen Nachfolgevertrag. Vor diesem sicherheitspolitischen Hintergrund sei es den Exekutivstädten des Bündnisses in Europa wichtig, näher zusammenzurücken und gemeinsam die sicherheitspolitischen Forderungen stärker hör- und sichtbar zu machen. Aus diesem Grund sei die Idee entstanden, ein eigenes Chapter im Rahmen des Netzwerkes der Mayors for Peace zu gründen. Mit gemeinsamen Aktionen und Statements sowie einer größeren Öffentlichkeitsarbeit und

einer eigenen Website wolle man die Mayors for Peace in Europa sichtbarer machen. Die Website sei bereits online und unter dem Namen www.mayorsforpeace.eu aufrufbar. Jede Stadt, die sich anschließe, habe die Möglichkeit auf dieser Website ihre eigenen Aktionen zu präsentieren. Hannover verspreche sich von einem Beitritt zu diesem Bündnis eine stärkere Vernetzung innerhalb Europas und eine stärkere Impulsgebung für gemeinsame Aktionen. Die Themen seien die Erreichung einer atomwaffenfreien Welt, die Förderung und resiliente Gestaltung eines friedlichen Zusammenlebens in den Kommunen sowie die Förderung der Friedenserziehung.

Vorsitzender Bürgermeister Hermann nimmt Bezug auf das Aushandeln des Vertrages und merkt an, dass dies ein sehr kompliziertes Unternehmen gewesen sei, auch aufgrund der Übersetzung in die verschiedenen Sprachen. Er wolle sich bei Frau Dr. Meschkat-Peters und Frau Kamissek herzlich für die Organisation der Veranstaltung bedanken, die ein sehr gutes Ergebnis erbracht habe.

Ratsfrau Neveling hebt hervor, dass es gerade in den aktuellen unsicheren Zeiten, in denen sich gezeigt habe, dass in Zeiten einer Krise der Rückgriff auf Grenzschließungen der einzig richtige Weg zu sein scheine, die internationale Kooperation umso wichtiger sei. Frieden sei ein kostbares Gut und könne nur durch Zusammenarbeit, gemeinsame Ziele und Vertrauen erreicht werden. Nicht nur die „America First“-Politik habe in den vergangenen Jahren dazu beigetragen, dass man heute wieder zahlreiche aufbrandende Konflikte in der ganzen Welt habe. 2020 sei mehr als ein Prozent der Weltbevölkerung auf der Flucht gewesen, dies sei eine Verdoppelung der Zahlen seit 2010. Die Menschen kämen nicht mehr in der gleichen Zahl wie 2015 in Deutschland an, was aber nicht bedeute, dass es sie nicht gebe. Der Iran reichere Uran an, um Stärke zu demonstrieren. Diese Stärke fuße auf Angstmache und riskiere, Mensch und Natur komplett zu zerstören. Gemeinsam müsse man sich dem entgegenstemmen und sich für Frieden und Freiheit einsetzen.

Ratsfrau Iri bedankt sich bei Frau Meschkat-Peters für den Bericht und die tolle Arbeit. Die SPD-Ratsfraktion begrüße diese Drucksache und werde zustimmen. Man freue sich, dass sich die Landeshauptstadt Hannover seit 1983 im Bündnis Mayors for Peace engagiere. Der Anstieg der beteiligten Städte seit 2014 von 408 auf 711 sei hervorzuheben. Die drei Säulen des Engagements des Bündnisses, nämlich die Erreichung einer atomwaffenfreien Welt, die Förderung der Friedenserziehung und die Gestaltung eines friedlichen und resilienten Zusammenlebens in den Städten, halte sie für sehr wichtig. Sie freue sich, dass das Bündnis im Zuge der Corona-Pandemie die digitalen Formate genutzt habe. Sie frage, wie die Beteiligung in den digitalen Formaten gewesen sei. Hinsichtlich der Bemühungen, die Bundesrepublik Deutschland als Beobachter zur ersten Staatenkonferenz der Vertragsparteien zum Atomwaffenverbotsvertrag zu gewinnen, frage sie, ob es hierzu bereits Rückmeldungen seitens der Bundesregierung gebe.

Frau Meschkat-Peters antwortet, dass die Beteiligung der Mayors for Peace in den digitalen Formaten enorm an Fahrt aufgenommen habe, auch bedingt durch die Corona-Pandemie. Dies sei eine Entwicklung zum Positiven. Alle Vorbesprechungen im European Chapter fänden digital statt. Das Fundament dafür sei auf der Exekutivkonferenz 2019 gelegt worden, wo man sich das letzte Mal persönlich gegenüber gesessen habe. Dies sei eine großartige Versammlung gewesen. Auf der deutschen Ebene habe man das digitale Format jetzt erstmals mit der Bundeskonferenz erprobt. Auch im Rahmen des Frieden 2020-Programms habe man ab November 2020 sämtliche Veranstaltungen digital abgehalten. Man habe die Erfahrung gemacht, dass man viele interessierte Schichten habe erreichen können, die man mit einer Präsenzveranstaltung nicht erreicht hätte. Dies biete eine große Chance, die man zukünftig weiter nutzen werde. Hinsichtlich der Beteiligung der Bundesregierung als Beobachterin an der Staatenkonferenz, verweise sie auf eine Aussage

von Herrn Siegfried vom Auswärtigen Amt auf der Bundeskonferenz, der mitgeteilt habe, dass diese Frage noch offen sei. Die Mayors for Peace planten, zum Flaggentag am 8. Juli zu Aktionen zu diesem Thema aufzurufen.

Ratsherr Wolf bedauert, dass die Bundesregierung den Atomwaffenverbotsvertrag bislang nicht unterzeichnet habe. Umso wichtiger sei es, dass das Europäische Chapter der Mayors for Peace vorwärtsgebracht werde. Man habe in Europa andere Voraussetzungen als in anderen Bereichen dieser Welt, da man nach wie vor zwischen Supermächten sitze und davon abhinge, wie sich die Atmosphäre zwischen den großen Blöcken entwickle. Man sei weit davon entfernt, dass die Gefahr eines Atomkrieges oder einer nuklearen Auseinandersetzung vorbei sei. Umso wichtiger sei es, dass aus den Kommunen eindeutige Signale kämen, dass die Städte mit ihren obersten Verwaltungsbeamten dafür stünden, dass man eine atomwaffenfreie Welt bekommen. Er hoffe, dass die Mayors for Peace die Bundesrepublik Deutschland zur Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags überzeugen könnten. Dadurch könne Deutschland in einer Vorreiterrolle andere Länder dazu animieren, innerhalb der NATO eine entsprechende Diskussion anzustoßen.

Ratsherr Klapproth schließt sich den Aussagen seiner Vorredner*innen an und betont, dass auch er die Aktivitäten der Mayors for Peace für unterstützenswert und sinnvoll erachte. Die CDU-Fraktion sehe eine geschichtliche Verpflichtung Hannovers, als Inhaber der ewigen Vizepräsidentschaft der Mayors for Peace. Hiroshima habe die ewige Präsidentschaft des Zusammenschlusses inne. Der Grund dafür liege darin, dass Hannover möglicherweise dasselbe Schicksal erlitten hätte wie Hiroshima, wenn der Zweite Weltkrieg nicht zuvor beendet worden wäre. Hannover sei Ziel für amerikanische Atombomben gewesen. Vor diesem Hintergrund sei es immens wichtig, dass die Bürger*innen Europas und die Menschen in den Kommunen selbst erklärten, dass sie in Europa und der Welt Frieden wollten, und zwar ohne Atomwaffen. Er sehe die Rolle Hannovers als exklusives Mitglied dieses neuen Verbundes als Ehre an und hoffe, dass dies auch von den Hannoveraner*innen so gewertet werde.

Ratsherr Jacobs äußert, dass er dies, auch aus persönlichen Gründen, etwas anders sehe. Er komme aus einer Diktatur und wisse, dass es viele Regime auf dieser Welt gebe, die völlig intransparent seien. Als Beispiel nenne er China und dessen Vormachtstreben im südchinesischen Meer. Es gebe zudem Ländern, die Atomwaffen besäßen, obwohl sie dies leugneten. Vorübergehend seien Atomwaffen als Abschreckung noch etliche Jahre oder Jahrzehnte notwendig. Dies scheine auch die Bundesregierung so zu sehen, auch wenn Mitglieder der im Bund regierenden Parteien dies im Ausschuss anscheinend anders sähen. Er denke, dass es in der Bundesregierung sehr weitsichtige Leute gebe, die wüssten, wie man kurzfristig, auf intransparente Länder wie beispielsweise den Iran und Israel, reagieren müsse. Israel müsse als Demokratie wehrhaft sein gegen den Iran, der eindeutig gesagt habe, dass er Israel irgendwann vernichten wolle. Er bezweifle, dass man in nächster Zukunft auf Atomwaffen verzichten könne, auch wenn er verstehe, dass man dies vorantreiben wolle.

Vorsitzender Bürgermeister Hermann empfiehlt zur Bedeutung von Städten das Buch „If Mayors ruled the world“ von Benjamin Barber, in dem die Mayors for Peace eine große Rolle spielten. Das Buch mache deutlich, dass Städte eine Macht hätten auf dieser Welt und ihre Stimme erheben sollten. Allein die fast 8.000 Mayors for Peace-Städte repräsentierten mehr als eine Milliarde Menschen. Er weise zudem darauf hin, dass es 2010 einen Beschluss des Deutschen Bundestages zum Abzug der amerikanischen Atomraketen aus Büchel gegeben habe, der allerdings aufgrund von Bündnisverpflichtungen nicht umgesetzt werde.

10 Stimmen dafür, 1 Stimme dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 6.
Antrag auf Zuwendung aus Mitteln des Integrationsfonds 2021 an den Verein gEMiDe e.V. für das Projekt: „Jugend trotzt Corona“
(Drucks. Nr. 0954/2021)

Ratsfrau Iri kündigt an, dass die SPD-Fraktion der Drucksache zustimmen werde. Der Name des Projektes weise auf die schwierige Situation der Jugendlichen in Zeiten von Corona hin. Sie begrüße es, dass der Verein gEMiDe sich Gedanken gemacht habe, wie sich die Schüler*innen und Jugendlichen unter den Corona-Regelungen sinnvoll beschäftigen könnten. Zu begrüßen sei auch, dass der Verein sich bemüht habe, zusätzliche Mittel aus weiteren Töpfen zu akquirieren und auch Eigenmittel einbringe. Sie freue sich, wenn der Ausschuss im Nachgang einen Bericht zum Projekt bekomme.

Ratsfrau Neveling bringt vor, dass Kinder und Jugendliche die Hauptlast der Pandemie trügen. Daher sei es gut, dass die weiterführenden Schulen jetzt wieder in das Wechselmodell zurückkehrten. Gleichwohl seien die ungleichen Ausgangsbedingungen verschärft worden. Die konkreten Auswirkungen werde man erst in den nächsten Jahren erleben. Umso wichtiger sei es, dass Projekte, wie das von gEMiDe e.V., Räume für das kreative Zusammensein und das Jugendlich-Sein schaffen würden. Die Fraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN begrüße den Vorschlag zur Unterstützung dieses Projektes und werde zustimmen.

7 Stimmen dafür, 4 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 7.
Auswertung der telefonischen Fachberatung zum Schutz von Kindern und Jugendlichen in der Zeit vom 01.01.2020 – 31.12.2020
(Informationsdrucksache Nr. 0658/2021 mit 1 Anlage)

Zur Kenntnis genommen

TOP 8.
Bericht der Dezernentin

Stadträtin Bruns berichtet, dass Frau Nolte-Porteous zum 31.5.2021 in den Ruhestand gehe. Sie habe als langjährige Mitarbeiterin der Landeshauptstadt Hannover und sozusagen als „Mutter des Integrationsmanagements“ gewirkt. Die Stadt bedanke sich für die geleistete Arbeit. Die Nachfolgeregelung befinde sich in der abschließenden Phase. Seit dem 3.5.2021 seien wieder physische Beratungen in der Koordinierungsstelle Zuwanderung Osteuropa, der Antidiskriminierungsstelle und im Integrationsmanagement in der Blumenauer Straße möglich. Man bitte um vorherige Terminvereinbarung. Sie wolle weiterhin auf die Klausurtagung des Internationalen Ausschusses hinweisen, die am 16.10. stattfinde. Am Vorabend sei ein gemeinsamer Abend geplant, wenn dies die pandemische Lage zulasse. Hinweisen wolle sie auf ein Projekt, dass der Bereich 50.6 vorbereitet habe. Seit dem 21.4.2021 veranstalte der Unterstützerkreis für Flüchtlingsunterkünfte zusammen mit dem Integrationsmanagement sogenannte mehrsprachige Impfsprechstunden. Jeden Mittwoch bis voraussichtlich bis Mitte Juni stünden Ärzt*innen und Dolmetscher*innen in Videokonferenzen für Fragen rund um das Thema Impfen zur Verfügung. Am 12.5. gebe es von 19 bis 20 Uhr eine Veranstaltung auf Deutsch und Russisch, am 21.5. auf Deutsch und Farsi sowie am 26.5. auf Deutsch und Rumänisch. Die erste Veranstaltung in den Sprachen Deutsch und Arabisch mit Beteiligung von ungefähr 46 Personen sei ein großer Erfolg gewesen. Basierend auf den Veranstaltungen erarbeite man derzeit eine mehrsprachige

Fragen- und Antwortenliste. Des Weiteren wolle sie zur digitalen Veranstaltung „Einzigartig vielfältig“ im Rahmen des WIR 2.0-Prozesses einladen, die am 17. Mai um 18 Uhr beginne. Die Einladung sei den Ausschussmitgliedern bereits zugegangen. Bezüglich einer Drucksache zum Beirat von „Demokratie leben!“, die kurzfristig habe eingebracht werden sollen, bitte sie um Entschuldigung für die ausgelöste Irritation. Man habe festgestellt, dass noch Beratungsbedarf dazu bestehe. Sie schlage vor, dass das Dezernatsbüro zeitnah die migrationspolitischen Sprecher*innen zu einer Zoom-Konferenz einlade.

Bürgermeisterin Kramarek bedankt sich bei Stadträtin Bruns für die Erklärungen und weist bezüglich der Neubesetzung des Beirates darauf hin, dass den bisherigen Beiratsmitgliedern noch kein Schreiben zugegangen sei, dass der Beirat seine Arbeit abgeschlossen habe und sich zu einem neuen Thema neu aufstellen werde. Sie frage, ob es möglich sei, dass die Verwaltung noch ein derartiges Informationsschreiben an die bisherigen Beiratsmitglieder versende.

Frau Dr. Doering stimmt Bürgermeisterin Kramarek zu und bestätigt, dass ein solches Schreiben noch nicht verschickt worden sei, wofür sie um Entschuldigung bitte. Dies sei der Tatsache geschuldet, dass es erst seit kurzem eine neue Sachgebietsleitung gebe. Selbstverständlich werde noch ein entsprechendes Schreiben verschickt. Zudem werde man zum Thema der Besetzung noch einmal das Gespräch suchen.

Ratsfrau Neveling stellt eine Frage zur Impfkampagne in den Flüchtlingsunterkünften und bittet Frau Bruns um Informationen, wie dies vorangehe und wie die Kampagne angenommen werde.

Frau Dr. Doering schlägt vor, dass Frau Aster vom Bereich Unterbringung die Frage beantworte, da das Baudezernat die Impfungen organisiere, auch wenn die Zuständigkeit für das Impfen formal bei der Region liege.

Frau Aster berichtet, dass die erste Impfung in nahezu allen Unterkünften durch ein mobiles Team bereits erfolgt sei und die zweite Impfung in Planung sei.

Ratsherr Engelke fragt bezüglich der Impfsprechstunden an, wie diese kommuniziert würden.

Dr. Doering informiert, dass dies über das Anschreiben von Vereinen und Verbänden geschehe und die Information auch über die Ausländer*innenbehörde verteilt werde. Mit dem Unterstützerkreis Flüchtlingsunterkünfte habe man einen Kooperationspartner gefunden, der dies in zudem in arabisch-sprachige Facebook-Gruppen poste. Darüber hinaus informiere man die Betreiberorganisationen. Für die Sprechstunde auf Bulgarisch und Rumänisch werde man zudem die Obdach- und Wohnungslosenverbände kontaktieren, damit das Angebot auch zu der schwer erreichbaren Zielgruppe gelange. Das Impfangebot richte sich auch an Sozialarbeiter*innen und Ehrenamtliche, die zu dem Thema informierten. Man versuche alle Kanäle zu bedienen, um möglichst viele Menschen zu erreichen. Die Menschen, die bereits an einer Impfsprechstunde teilgenommen hätten, gäben die Informationen zudem als Multiplikator*innen weiter.

Ratsherr Engelke fragt, ob es einen Flyer gebe, den man verteilen könne, und bittet um Zusendung an die Fraktionsgeschäftsstelle.

Frau Dr. Doering kündigt an, dass der Flyer an den Ausschussverteiler versandt werde.

Ratsfrau Neveling merkt an, dass sie gehört habe, dass viele Geflüchtete sich im derzeit noch laufenden Ramadan nicht impfen lassen wollten. Sie frage, ob dies berücksichtigt

werde und ob man gegebenenfalls noch einen späteren Impftermin nach dem Ramadan anbiete.

Frau Dr. Doering antwortet, dass dieses Thema aktuell angesprochen worden sei und die Impfsprechstunde auf Farsi beispielweise aufgrund des in der kommenden Woche bevorstehenden Ende des Ramadans um eine Woche nach hinten verschoben worden sei. Sie habe gehört, dass bei den Impfungen die Resonanz bei den Anmeldungen zu Beginn nicht so groß gewesen sei, es dann aber noch viele spontane Teilnehmer*innen gegeben habe. Man informiere zusätzlich mehrsprachig darüber, wo man sich in Hannover kostenlos testen lassen könne und wie man sich zum Impfen anmelden könne. Personen, die sich im Rahmen der mobilen Impfkampagne noch nicht hätten impfen lassen, könnten durchaus über die Impfzentren oder die Hausärzte eine Impfung bekommen. Sie könne derzeit nicht beurteilen, ob es durch den Ramadan eine massiv reduzierte Impfbereitschaft gegeben habe.

Frau Aster ergänzt, dass es immer die Möglichkeit gebe, sich noch nachträglich impfen zu lassen. Es werde zurzeit geklärt, wie dies organisatorisch gut möglich sei. Es sei zutreffend, dass viele nun nachträglich noch Interesse angemeldet haben.

TOP 9.
Aktuelles

Bürgermeisterin Kramarek fragt bezüglich des Themas „Internationalität“, dem sich der Ausschuss in Zukunft vermehrt widmen wolle, welche digitalen Aktivitäten und Dialoge es im Rahmen der Städtepartnerschaften gebe und wie diese derzeit und in naher Zukunft unter den Corona-Bedingungen stattfänden.

Vorsitzender Bürgermeister Hermann schlägt vor, dass die Frage an Frau Bullet vom Büro für internationale Angelegenheiten weitergereicht werde und die Antwort vorab zum Protokoll per Mail an die Ausschussmitglieder gegeben werde.

Nachrichtlich zum Protokoll:

Frau Millan vom Kulturbüro informiert, dass Aktivitäten mit den Partnerstädten durch die Corona-Pandemie im Moment nur online stattfänden (Videokonferenzen, Audio-Walks, Live-Streams, social media etc.). Die verstärkte Nutzung von Videokonferenzen erleichtere aber die Planung für Projekte in der Zeit nach der Pandemie bzw. mit geringeren Infektionszahlen und habe die Verbindungen zu den Partnerstädten gestärkt.

Folgende Projekte von und mit der Stelle für Städtepartnerschaften im Sachgebiet Internationale Kultur im Kulturbüro fänden aktuell statt oder seien in Planung:

- Hiroshima: Kirschblütenfest zum Hören (Audio-Walk als Ersatz für das sonst jährlich stattfindende Kirschblütenfest), Online-Treffen der Hiroshima-Städtepartnerschaftsvereine in Hannover mit der Youth Association in Hiroshima (Projekt des Freundeskreises Hannover-Hiroshima Yukokai e.V.), Planung Hiroshima Tag am 6.8. 2021, Planung Chorprojekt mit dem World Choir for Peace (hier auch Beteiligung andere Partnerstädte und UCoMs), Planung Kooperation mit Hochschule Hannover, Fakultät 3, für ein digitales Projekt plus Ausstellung/ Augenzeugenbericht eines Atombombenüberlebenden, Planung Internationale Jugendfriedenskonferenz gemeinsam mit Mayors for Peace (OE 15.22=, FB Jugend (OE 51.51) und Städtepartnerschaftsvereinen für das

Jubiläumsjahr 2023

- Bristol: Video-Konferenz der Hannover Bristol Gesellschaft und Bristol Hannover Council zur Planung des 75-jährigen Jubiläums der Städtepartnerschaft im Jahr 2022, Anbahnung eines Jugendprojekts zum Thema Colonial Past mit dem Haus der Jugend, Teilnahme der Bristol Hannover Gesellschaft an Städtepartnerschaftskonferenz in Bristol im ersten Quartal 2021, Kooperation zwischen Bristol City Museum und städtischen Museen Hannover in Planung (Anfrage aus Bristol), Chorkooperation zur Fête de la Musique in Planung (digital 2021/ 2022)

*- Rouen: Teilnahme von OB Onay an einer Videokonferenz zum Europatag (auf kurzfristige Einladung der Stadt Rouen), Planung eines Tandem Schriftsteller Stipendiums (Ausschreibung im Herbst 2021), Videokonferenz mit Städtepartnerschafts-Vereinen und städtischen Mitarbeiter*innen (geplant für Juli), Forschungsprojekt zum urbanen Raum für Kinder (geplant für Oktober)*

- Poznań: digitales Foto-Jugendprojekt mit dem Freizeitheim Vahrenwald, Livestream-Konzert mit Nordstadtkonzerten, Online-Meetings des Artylog Netzwerks zur Stärkung von LGBTIQ+ Menschen im Kulturbetrieb (Poznań, Leipzig, Hannover), Einladung zum City Development Forum in Poznań im Oktober mit OE 15.23

- Blantyre: Brunnenbauprojekt mit Agenda 21 und Nachhaltigkeits-Büro, Unterstützung von Corona-Maßnahmen durch Corona-Solidarpaket mit Büro für Internationale Angelegenheiten, OE 15.23, Kooperation mit dem Jacaranda Cultural Center und dem Easter Theatre Festival in Blantyre

- Leipzig: Planung Kunstprojekt mit Krude Bude Leipzig und Kunstraum TANKE in Hannover, Chorbesuch der Thomanerchor aus Leipzig beim Knabenchor zum 2. Oktober (geplant, aber derzeit noch unsicher)

*- Perpignan: Zusammenarbeit derzeit schwierig – kein Ansprechpartner*in bei der Stadt Perpignan vorhanden, Planung für einen Boule-Austausch*

- Alle Partnerstädte: Einladung an alle Städtepartnerschaftsgesellschaften zum Online-Austausch über die Arbeit in der Corona Pandemie am 2.6.2021 durch das Sachgebiet Internationale Kultur im Kulturbüro, Erstellung von Image-Videos über alle Städtepartnerschaften für social media mit h1 in Planung, Versendung von Rainbow-Flaggen zum 17. Mai, dem Tag gegen Homophobie durch GB OB/ Rainbow City Network

Verwiesen werde zudem auf den Städtepartnerschafts-Newsletter, für den sich die Ausschuss-Mitglieder eintragen lassen könnten.

Bürgermeisterin Kramarek fragt zum Netzwerk ALBuM, um das es in letzter Zeit sehr still geworden sei, wie es um die aktuelle Arbeit des Netzwerkes stehe und wo dieses jetzt angesiedelt sei. Sie habe gehört, dass es eine Umstrukturierung gegeben habe. Sie frage, ob und in welchem Rahmen es möglich sei, dass dieses Netzwerk vorgestellt werde.

Stadträtin Bruns weist darauf hin, dass die Zuständigkeit für das Netzwerk im Dezernat VII bei Frau Beckedorf liege, sodass darüber eingeladen werden müsse.

Vorsitzender Bürgermeister Hermann schließt die Sitzung um 18:33 Uhr.

Stadträtin Bruns Hannig-Schohaus (für das Protokoll)

DIE LINKE. PIRATEN
Gruppe im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Schmiedestraße 39
30159 Hannover

Bruno Adam Wolf
stellv. Gruppenvorsitzender

☎ 0511 - 168 326 00
🖷 0511 - 168 326 08

linke.piraten@hannover-rat.de

In
- den Ausschuss für Integration, Europa und internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss)
- den Kulturausschuss
- den Verwaltungsausschuss
- die Ratsversammlung

2021-04-26

Antrag

gemäß §§ 10, 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover

**Kooperation
mit der Inselhauptstadt Mahón und der
Stiftung „FUNDACIÓ HOSPITAL DE L'ILLA DEL REI"
auf Menorca (Spanien) in Bezug auf die historischen Beziehungen
zwischen Hannover und Menorca**

zu beschließen:

Die Landeshauptstadt Hannover kooperiert mit der menorquinischen Inselhauptstadt Mahón sowie der Stiftung „FUNDACIÓ HOSPITAL DE L'ILLA DEL REI" auf Menorca (Spanien) in Bezug auf die historischen Beziehungen zwischen Hannover und Menorca.

Begründung:

Bei der Befassung mit der eigenen Geschichte ist die Stiftung auf bedeutende historische Zusammenhänge zwischen Hannover und Menorca gestoßen: Im Rahmen der hannoversch-britische Personalunion lagen unter König Georg III. neben Engländern auch hannoversche Bataillone auf Menorca. Diese brachten nervenstarke Hannoveraner Pferde für den Militärdienst mit; die leistungsbereite und auch in der Landwirtschaft zuverlässige Rasse spielt bis heute eine hervorgehobene Rolle auf Menorca.

Ab 1775 diente der evangelisch-lutherischer Prediger Christoph Friedrich Heinrich Lindemann aus Hannover vor Ort als Militärseelsorger für rund 800 Männer – bis zur (Rück-)Eroberung der Insel durch die spanische Krone im Jahr 1782. Allein auf hannoversch-britischer Seite wurden 95 Gefallene und 147 Verwundete registriert, neben einer deutlich höheren Zahl an Kranken und Toten durch belagerungsbedingten Nahrungsmangel.

Vor zwei Jahren, im Frühjahr 2019, war eine offizielle Delegation aus Menorca zu Gast in Hannover, u.a. mit dem Ziel einer Kooperation. Das in diesem Kontext geplante Gespräch mit dem Oberbürgermeister kam jedoch nicht mehr zustande, da Stefan Schostok genau in dieser Phase seinen Antrag auf Versetzung in den Ruhestand gestellt hatte. Die Gäste wurden von der Verwaltung freundlich empfangen, eine weitere Kommunikation oder konkrete Schritte Richtung Kooperation folgten bis heute jedoch nicht.

In der Inselhauptstadt Mahón besteht nach wie vor großes Interesse, mit Hannover in engere Beziehungen treten zu können – nicht nur, um sich zusammen mit der gemeinsamen Historie zu befassen, sondern auch, um daraus praktische Schlussfolgerungen für einen friedlichen Austausch zwischen den Menschen der beiden Städte zu entwickeln.

Bruno Adam Wolf
stellv. Gruppenvorsitzender

Landeshauptstadt Hannover

Beschluss-
drucksache

b

In den Ausschuss für Integration, Europa und Internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss)
In den Verwaltungsausschuss
In die Ratsversammlung
An den Ausschuss für Haushalt, Finanzen und Rechnungsprüfung (zur Kenntnis)
An den Kulturausschuss (zur Kenntnis)

Nr. 0963/2021
Anzahl der Anlagen 2
Zu TOP

BITTE AUFBEWAHREN - wird nicht noch einmal versandt

Beitritt der Landeshauptstadt Hannover zum European Chapter der Mayors for Peace

Antrag,

der Rat der Landeshauptstadt Hannover möge die Mitgliedschaft der Landeshauptstadt Hannover im European Chapter der Mayors for Peace ab dem 01.06.2021 beschließen und die Verwaltung beauftragen, dem Gremium die Mitgliedschaft mitzuteilen.
Eine Beschlussfassung durch den Rat ist erforderlich. Grundlage hierfür ist die ADA 02/8 in Verbindung mit § 58 Abs. 1 Nr. 17 NKomVG. Danach hat die Vertretung, hier der Rat, ausschließlich über die Mitgliedschaft in kommunalen Zusammenschlüssen zu beschließen.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten

Von dem Beitritt zum European Chapter der Mayors for Peace sind alle Geschlechter gleichermaßen betroffen.

Kostentabelle
Darstellung der zu erwartenden finanziellen Auswirkungen in Euro:

Teilfinanzhaushalt 15 - Investitionstätigkeit
Investitionsmaßnahme Bezeichnung

Einzahlungen	**Auszahlungen**	
	Saldo Investitionstätigkeit	**0,00**

Teilergebnishaushalt 15

Angaben pro Jahr

Produkt 11103 Grundsatzangelegenheiten Büro für internationale Angelegenheiten

Ordentliche Erträge	**Ordentliche Aufwendungen**	
	Sonstige ordentliche Aufwendungen	100,00
	Saldo ordentliches Ergebnis	**-100,00**

Begründung des Antrages

Die Organisation der Mayors for Peace wurde 1982 durch den Bürgermeister von Hiroshima gegründet. Als Vizepräsident sowie Exekutivstadt des weltweiten Mayors for Peace Netzwerkes und als Lead City für Deutschland engagiert sich die Landeshauptstadt Hannover an der Seite ihrer Partnerstadt Hiroshima mit über 8.000 weiteren Städten aus 165 Staaten bereits seit 1983 für die Abschaffung von Atomwaffen, für eine friedliche Welt und ein friedvolles Zusammenleben in den Kommunen.

Durch aktuelle Diskussions- und Vortragsveranstaltungen, den bundesweiten Flaggentag am 8. Juli und eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit - z. B. durch Bundeskonferenzen und eine eigene Website auf hannover.de - konnte die Mayors for Peace Geschäftsstelle im Büro für internationale Angelegenheiten der Landeshauptstadt Hannover seit 2014 einen Anstieg der deutschen Mitgliedsstädte von 408 auf 711 Städte und Gemeinden verzeichnen.

Die Aufgaben der Mayors for Peace ruhen auf drei Säulen:
- Eine atomwaffenfreie Welt zu erreichen.
- Die Friedenserziehung zu fördern.
- Das Zusammenleben in den Kommunen friedlich und resilient zu gestalten.

Vor dem Hintergrund des aufgekündigten INF-Vertrages, auch Washingtoner Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme (in Europa) genannt, war es den europäischen Exekutivstädten und Lead Cities wichtig, Europa im Bündnis der Mayors for Peace eine gemeinsame Stimme zu geben und eine eigene Sektion, ein sogenanntes Chapter, analog zum US-amerikanischen Chapter, zu gründen.

Ziel ist es, mit europaweiten gemeinsamem Aktionen, Statements und Appellen die Interessen des Bündnisses in Europa stärker sichtbar zu machen, eine gemeinsame europäische Identität der Mayors for Peace zu entwickeln. Hierfür sollen weitere Mitgliedsstädte geworben werden. Europäische Städte, die bereits Mitglieder sind, sollen ermuntert werden, die Rolle einer Lead City für ihr Land zu übernehmen. Ebenfalls sollen auch die Kontakte zu den europäischen Institutionen vertieft werden. Ein gemeinsamer

Internet- und social Media Auftritt gibt allen Mitgliedern des Chapters die Möglichkeit, auch ihre eigenen Projekte einem größeren Kreis bekannt zu machen und eigene Stärken und Kompetenzen einzubringen

Hannover als Partnerstadt Hiroshimas hat eine besondere Rolle und Friedensverantwortung. Mit dem Beitritt zum European Chapter der Mayors for Peace wird zum einen die Arbeit Hannovers im Netzwerk der Mayors for Peace in Europa verstärkt sichtbar, zum anderen bietet die internationale Zusammenarbeit die Chance, sich weiter zu vernetzen und mit Partner*innen in Europa gemeinsame Projekte zu initiieren. Die Mitgliedschaft ermöglicht den Zugang zu einem breiten Netzwerk potentieller Kooperationspartner*innen, wie zum Beispiel United Cities and Local Governments (UCLG), Parliamentarians for Nuclear Non-Profileration and Disarmament (PNND) oder dem Global Parliament of Mayors. In dem gemeinsamen inhaltlichen Austausch mit dem Fokus auf europäischen Fragestellungen zum Erhalt des Friedens und der Abschaffung der Atomwaffen sowie der gemeinsamen Kooperation mit weiteren europäischen Städten zu den Themen der Mayors for Peace liegt der Mehrwert des European Chapters für Hannover.

1. Struktur und Finanzen des European Chapters

Auf der Exekutivkonferenz im November 2019 in Hannover wurde die Basis für die Gründung des European Chapters gelegt. Die Satzung (Statut, siehe Anlage) sieht folgende Struktur vor:
Die Position des Vorstandsvorsitzenden (Chair) und die Betreuung des Chapters (Sekretariat) werden durch die spanische, nordöstlich von Barcelona gelegene Exekutivstadt Granollers wahrgenommen. Weitere Gründungsmitglieder sollen folgende Exekutivstädte sein: Manchester (Großbritannien) als stellvertretender Vorsitz (Vice-Chair), Malakoff und Grigny (Frankreich), Ypres (Belgien), Biograd na Moru (Kroatien), Cervia (Italien), Frogn (Norwegen), Sarajevo (Bosnien-Herzegowina) und Volgograd (Russland).

Hannover wäre als Exekutivmitglied im Vorstand (Board of Directors) vertreten.

Das Sekretariat in Granollers umfasst zurzeit 3 Mitarbeiter*innen. Als European Advisor steht der erfahrene österreichische Diplomat Thomas Hajnoczi, ehemaliger Botschafter bei den Vereinten Nationen in Genf, dem Chapter zur Seite.

Alle Aktionen finden in enger Abstimmung mit dem Mayors for Peace Sekretariat in Hiroshima statt.

Die Grundfinanzierung des European Chapters und des Sekretariats in Granollers für den Zeitraum der ersten 4 Jahre soll durch Zuwendungen des Provincial Council of Barcelona erfolgen. Zur Verfügung stehen außerdem Restmittel aus der 2020 Vision Campaign sowie zugesagte Mittel aus Hiroshima.

Sobald die Struktur des Chapters durch Beitritt aller genannten Städte feststeht, soll diese auch langfristig etabliert werden. Zur zukünftigen Finanzierung soll dann ergänzend ein abgestimmtes Fundraising-Konzept greifen.

Den Mitgliedern des Chapters entsteht ein jährlicher Mitgliedsbeitrag in Höhe von **100 €**.

Die erforderlichen Mittel werden im Rahmen des Doppelhaushaltes 2021/2022 aus dem Teilhaushalt 15.2 zur Verfügung gestellt, sodass keine Mehrbelastung für den Gesamthaushalt entsteht.

2. Schwerpunkte des Arbeitsplans für 2021

Das European Chapter dient zum einen dem intensiveren Erfahrungsaustausch zu den Themen Friedens-, Abrüstungs- und Sicherheitspolitik unter den Mitgliedsstädten, zum anderen zur strategischen Ausrichtung der Aktivitäten auf europäischer Ebene, vor allem in der Erarbeitung gemeinsamer Projekte, wie Tagungen, Webinaren zu den Themenfeldern nuklearwaffenfreie Welt, Friedenserziehung und friedliches Zusammenleben in den Kommunen (Arbeitsplan, siehe Anlage). Diese werden auf der Website und in den sozialen Medien beworben. Eine Verknüpfung zu wissenschaftlichen Einrichtungen wie dem Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI wird angestrebt. Die Netzwerkarbeit mit weiteren Stakeholdern wie ICAN (Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen), Nuclear Free Local Authorities und Eurocities soll vorangetrieben werden.

Aktueller Schwerpunkt ist es, mehr Staaten für den Beitritt zu dem seit Januar 2021 in Kraft getretenen Atomwaffenverbotsvertrag sowie als Beobachter zur ersten Staatenkonferenz der Vertragsparteien zum Atomwaffenverbotsvertrag in Wien, voraussichtlich Anfang des kommenden Jahres, zu gewinnen. Gemeinsam verfasste Statements sowie Schreiben an Vertreter*innen der europäischen Institutionen sollen eine breite Unterstützung für dieses Anliegen erzielen. Ein öffentliches Webinar über den Atomwaffenverbotsvertrag und seine Auswirkungen ist mit Referent*innen aus Europa für Dezember 2021 geplant.

Um Reisen weitgehend zu vermeiden, soll die fachbezogene Arbeit in regelmäßigen digitalen Meetings stattfinden. Arbeitssprache ist Englisch.

Anlagen:

1. Satzung (Statut)
2. Arbeitsplan (Operational plan)

15.23
Hannover / 26.04.2021

PREAMBLE

Mayors for Peace is a worldwide organisation of cities devoted to achieving peace, disarmament and, in particular, the elimination of nuclear weapons. The network benefits from the support of more than 7,900 member cities from 164 countries and regions around the world, representing in excess of 1 billion citizens. The organisation's activities are framed within the UN's 2030 Agenda for Sustainable Development, and in particular goal 11 (Make cities and human settlements sustainable), goal 16 (Promote peaceful, inclusive and fair societies) and goal 17 (Strengthen partnerships and networking to achieve these goals).

Mayors for Peace is led by the city of Hiroshima, which currently holds the position of Chair City of the organisation. The headquarters of the international secretariat are also based there and, in accordance with its Bylaws, it has two primary governing bodies:

- The general conference, attended by all member cities in order to decide on and approve matters relating to the organisation. It is held alternately every four years between Hiroshima and Nagasaki.
- The executive conference, attended by executive cities in order to discuss and put forward initiatives and activities ahead of the upcoming general conference. It is held every two years in one of the executive cities.

The President city of Hiroshima has appointed 27 executive cities – 14 of which are also vice president cities – in order to work in conjunction with the international secretariat on the smooth development and operation of the organisation.

President and executive city
Hiroshima

Vice president and executive cities	Executive cities
Nagasaki	Bangkok
Hannover	Fremantle

Volgograd	Sarajevo
Malakoff	Semey
Muntinlupa	Cochin
Manchester	Montreal
Ypres	Wellington
Biograd na Moru	Santos
Granollers	Cartago
Halabja	Tehran
Fongo-Tongo	Grigny
Mexico City	Cervia
Frogn	
Des Moines	

The cities shown in green are also leader cities, i.e., they are in charge of the regional chapter of their country and they play a leadership role in promoting activities in their region.

The most recent 2017-2021 plan of action, approved in the 9th general conference held in Nagasaki in 2017, sets a host of primary goals, including: "to support the proactiveness of leader cities of the organisation" and "to strengthen regional groups to promote specific activities in each region." In line with this premise, and in order to promote specific actions in the region and to underpin the role of local governments in building more peaceful societies throughout the continent, the European executive cities have regrouped in order to meet this request and decided to set up the European chapter of Mayors for Peace, structured as detailed below.

The European chapter shall be formed by the European executive cities of Mayors for Peace: Hannover (Germany), Volgograd (Russia), Malakoff (France), Manchester (the UK), Ypres (Belgium), Biograd na Moru (Croatia), Granollers (Spain), Frogn (Norway), Sarajevo (Bosnia and Herzegovina), Grigny (France) and Cervia (Italy). These cities shall be aligned with the president city of Hiroshima and the international secretariat, which shall ultimately be responsible for supervising and approving all the activities

promoted in the region. Likewise, the chapter cities shall engage in bona fide efforts to cooperate with the mission and vision of the organisation. As leader cities of their respective regions, these cities shall also direct and manage the national chapters for their country. Accordingly, the European member cities shall be represented by the executive/leader city of their country and the technical secretariat of the European chapter.

The president city of Hiroshima and the international secretariat play a vital role in the performance of the European chapter. The cities that will comprise the chapter shall remain in continuous communication with the international secretariat, cooperating closely with it and reporting to it the decisions and actions promoted on their soil. These shall all be in keeping with the organisation's bylaws, plan of action and strategy. The European executive cities shall act with bona fide intent promoting activities on their soil to contribute to attaining the general goals of the organisation, whilst staying focussed on the specific problems and needs of the continent in order to bring about a much more wide-reaching impact as a global movement of cities promoting human rights, global justice and peace.

The establishment of this association reflects the desire to continue networking and pooling the efforts to promote peace and human rights that have been made by the municipalist movement to progress towards a fairer, more peaceful, and more sustainable world.

The European member cities that are appointed by Hiroshima after the establishment of this association may join it subject to approval from the General Assembly and the Executive Committee of the European chapter.

The legal bylaws set forth below regulate the means of governance of the European chapter of Mayors for Peace, the role of the European leader or executive cities and the activities to promote a culture of peace in the continent.

ASSOCIATION BYLAWS

CHAPTER I. NAME, HEADQUARTERS AND LEGAL BYLAW

Article 1

By means of these bylaws, a non-profit association with legal status and full capacity to act is set up that shall be governed by Spanish legislation. The name of the association is **"THE EUROPEAN CHAPTER OF MAYORS FOR PEACE"** (hereinafter referred to as "the Association").

Its registered office shall be **Plaça de la Porxada, 6, Granollers, Barcelona province, Spain**.

The Association shall be a European network of municipalities in the form of an international non-profit organisation, with no political or religious affiliations.

The Association is set up for an open-ended period and its area of action shall be the European region.

CHAPTER II. GOALS

Article 2 Mission

The mission of the Association is:

To represent the local governments in the European continent, promoting their values, goals and interests through cooperation among its members and before the international community, provided they relate to matters associated with the promotion of peace and coexistence.

The Association is shaped as the European Chapter of the Working Group "Mayors for Peace" (http://www.mayorsforpeace.org/english/). The aims of this group are to contribute to achieving long-lasting world peace by doing the following: raising

concerns among citizens of the world to promote the complete abolition of nuclear weapons through close solidarity between member cities; and seeking to solve vital problems for the human race, such as hunger and poverty, the plight of refugees, human rights abuses and environmental degradation.

Article 3 Goals

In order to fulfil its mission, the Association shall pursue the following goals:

a. To campaign for nuclear disarmament, centring particularly on European security.
b. To promote key issues relating to UN Sustainable Development Goal 16 (Promote just, peaceful, and inclusive societies) and other similar goals.
c. To create a more defined identity in Europe through a strategy of influence and communication.
d. To increase the number of member cities in Europe and strengthen their active engagement.
e. To develop a firm, sustainable structure for the long-term in Europe.
f. To give a voice to European municipalism on matters relating to the promotion of peace and coexistence.
g. To foster unity and cooperation between members.
h. To promote activities linked to the campaigns of Mayors for Peace and open up new avenues for working in this sphere.
i. To encourage engagement and synergies with bodies and institutions working in the field of peace and disarmament in the region.
j. To guarantee effective representation for local governments in the international community, in particular when it comes to the Sustainable Development Goals of the United Nations and its agencies, specifically to goals 11, 16 and 17.
k. To come up with policies, programmes and initiatives within the framework of the mission, goals and values of Mayors for Peace, which entail seeking suitable methods to be in a position to implement them, in accordance with the internal rules of the Association.
l. To secure legal status in order to pursue the foregoing goals.
m. To encourage and collaborate with UNESCO on education program for a culture of

peace and non-violence, following the Seville Statement on Violence, the Manifesto 2000 for a culture of peace and non-violence and the 8 Action Areas for a Culture of Peace.

Article 4 Activities

In order to achieve its aforementioned goals, the Association shall engage in the following activities:

- Educational and awareness-raising activities relating to the foregoing aims.
- Networking with various stakeholders.
- Events, exhibitions, meetings, lectures, round tables, recreational activities, seminars, and a whole host of activities associated with the culture of peace.
- Publications, audiovisual presentations and a whole host of activities promoting the culture of peace.
- Promotion of the formation of forums for reflection.
- Exertion of influence on public sector agendas so the culture of peace becomes a means of preventing conflict.
- Mediation in conflict situations.
- Other tasks relating to the above.

Article 5 Adherence to the principles of international law and the decisions of Mayors for Peace

Within the framework of fulfilling its mission, goals and activities, the Association shall act in accordance with the principles of international law and the guidelines laid down by the Working Group of Mayors for Peace.

CHAPTER III. MEMBERS, ADMISSION PROCEDURE, RIGHTS AND OBLIGATIONS, GROUNDS FOR FORFEITURE OF THE STATUS OF MEMBER

Article 6

The following conditions must apply in order to become a member of the Association:

- Being a member city of Mayors for Peace.

- Being a city located in the geographical area of the European continent.
- Being appointed as an executive city by Mayors for Peace.

Any city that meets the above-stated conditions shall formally complete an application for membership of the Association.

Applications to be a member must be considered by the General Assembly and the Executive Committee upon whom it is incumbent to ensure that applicants meet the admission requirements. All candidates shall undertake to support Mayors for Peace and shall adhere to its mission, values, and goals.

The admission procedure shall be as follows:

1. The admission application must be arranged by the competent body which will be required to appoint the representative from the local government making the application.
2. In order to join the Association the relevant local government must be involved with Mayors for Peace and/or submit a written application to the Executive Committee, which shall make a decision regarding the application in the first meeting held and shall give due notice of it in the very next General Assembly.

Article 7

Members may take part in the activities and programmes of the organisation and they shall have access, on the same terms, to the information, data and documentation concerning local government affairs and the activities of the organisation. Specifically, they are acknowledged as having the following rights:

a. To attend the meetings of the General Assembly with voting and speaking rights.
b. To vote from among its members those who shall hold representation or management positions in the Association.
c. Every member is eligible to be a candidate for election to a representation or management position.

d. To exercise the representative capacity entrusted to them in every circumstance.
e. To intervene in the governance, arrangements, services and activities of the Association, in accordance with the legal rules and bylaws.
f. To present to the General Assembly and the Executive Committee all items they believe may contribute to the success of the Association and endow it with greater efficiency in meeting basic social goals.
g. To request and secure information concerning the administration and management of the Executive Committee or the agents of the Association.
h. In the event of disciplinary proceedings, members of the Association are entitled to express their opinions before any disciplinary measures are adopted.
i. All members are entitled to receive information about the activities of the Association.
j. Any member may make use of the common services set up or made available by the Association.
k. Members may form part of working groups pursuant to the terms set by the Executive Committee.
l. To be in possession of an up-to-date copy of the bylaws of the Association.

Article 8

Members of the Association have the following obligations:

a. To adhere to the bylaws, resolutions, and rules of the Association, as well as those issued by Mayors for Peace.
b. To take part in the activities of the Association to the best of their abilities, undertaking a commitment to the aims of the Association.
c. To abide by and comply with resolutions validly adopted by the governing and representative bodies of the Association.
d. To be up-to-date with payment of the yearly fee.

Article 9

Members aim to support, promote, and embrace the mission, values, and goals of Mayors for Peace.

Article 10

Any member may apply to relinquish their status at any time. To do so, they shall submit a written notification along these lines to the Executive Committee giving at least six months' notice. During said period, the member shall continue to be bound to make payment of any fees due, including the proportional share of the relevant expenses.

Article 11

Notwithstanding the provisions of the foregoing articles, the following shall constitute grounds for the forfeiture of the status of member:

1. Expulsion by the Association due to serious or very serious grounds, pursuant to the provisions of articles 38 and 39 of these bylaws.
2. When the member is no longer a member of Mayors for Peace.
3. Failing to comply with the obligations set out in the bylaws.

CHAPTER IV. GOVERNANCE STRUCTURE

Article 12

Governance of the Association shall be carried out by:

a. the General Assembly,
b. the Executive Committee,
c. the Chair,
d. the Vice Chair,
e. the Treasurer, and
f. the Secretary.

THE GENERAL ASSEMBLY

Article 13

The General Assembly is the highest body of the Association, and its members are party to it of their own independent, inalienable right. It has responsibility for all the

tasks, management, and control of the organisation.

In attendance at a legally convened General Assembly, the members of the Association shall decide on the items that are within the remit of the Assembly by means of a majority.

All members are bound by the resolutions of the General Assembly, including absent members, dissenting members and members in attendance who abstain from voting.

Article 14 Powers

The General Assembly shall have the following powers:

a. To approve, if applicable, the management by the governing body, the budget, and the financial statements.
b. To elect and remove members on the governing body and to oversee its activity.
c. To amend the bylaws, as set out herein.
d. To resolve on the method and the amount of contributions to the Association's funding or to payment of its expenses, including contributions to the equity of the Association.
e. To resolve on the transformation, merger, spin-off or dissolution of the Association, as specified in the relevant articles.
f. To issue a resolution on joining or leaving federations or confederations.
g. To apply for a declaration of public interest.
h. To approve the internal regulations and any amendments thereto.
i. To give due consideration to applications submitted by its members, and any admissions and withdrawals owing to reasons other than a definitive severance.
j. To ratify, if applicable, disciplinary withdrawals and other penalties imposed by the Executive Committee owing to highly serious infringements.
k. To resolve on any items that do not fall within the express remit of any other body of the Association.

Article 15 Structure

The General Assembly shall be formed by all members belonging to the Association, through their duly appointed representatives, with the relevant certification.

Article 16 Meetings

1. The General Assembly shall hold an ordinary meeting at least once a year in order to approve, if applicable, the management by the governing body, the budget and the financial statements. The meeting shall be held within six months following the year-end date of the financial year.

2. The General Assembly shall hold an extraordinary meeting in the following circumstances:

- When the governing body deems it appropriate.
- When 10% of members request it, in which case the General Assembly shall compulsorily be held within 30 days following the request.

3. The General Assembly shall be validly convened regardless of the number of members present or represented.

Article 17 Call

The governing body shall call the General Assembly at least ninety days before the date envisaged for the meeting. The call shall be issued in writing and sent to the registered address of each member, or issued by other mediums, including electronically.

Article 18 Agenda

1. A number of members representing at least 10% of the votes of the Association can request the governing body to include one or more items in the agenda for the General Assembly. If it has already been called, the request shall be made within the first third of the period between receipt of the call and the envisaged date for the meeting so that all members may be informed about the addition to the agenda, unless a meeting has

been universally convened or the resolutions relate to the calling of a new General Assembly.

2. If in the General Assembly the aim is to bring liability action against members of the governing body or to seek their removal from their positions, an extraordinary session of the General Assembly shall be called therein incorporating this item as the sole item on the agenda.

Article 19 Convening of the General Assembly

1. The General Assembly shall be validly convened with a minimum of five members present or represented.

2. The position of Chair and Secretary of the General Assembly shall be held by the persons who hold these positions on the governing body. If the Chair is not present, said person shall be replaced successively by the Vice Chair or the eldest member in the meeting.

3. The Secretary shall draw up the minutes of every meeting which shall be signed by said person along with the Chair. The minutes shall incorporate an excerpt of the discussions, the text of the resolutions adopted, the numerical outcome of votes and the list of attendees.
At the start of each session of the General Assembly, the minutes from the previous session shall be read so that they may be approved or amended. Five days beforehand, the minutes and any other documentation shall be made available for members in the registered office.

Article 20 Voting rights and adoption of resolutions

1. Every member has one vote in the General Assembly.

2. If doubt is cast on the voting rights of any member owing to a potential conflict of interest with the Association, in the General Assembly a decision shall be made on

this matter with a separate and, if applicable, secret vote.

3. Resolutions shall be adopted by a simple majority of the members in attendance at the meeting.

4. In order to adopt resolutions concerning the modification of the bylaws, the dissolution of the Association, the establishment of a federation with similar associations or the admission into an existing one, and the disposal or transfer of assets, a qualified majority of members shall be needed (i.e., for votes in favour to be greater than half of those cast).

5. Members that are unable to vote on a specific item in the agenda owing to a conflict of interest with the Association shall not count for the purposes of determining the majority needed to adopt the resolution, unless its purpose is to decide on a penalty procedure, the removal of the person affected as a member of a body or the exercise of liability action against said person.

Article 21 Remote or virtual General Assembly

1. The Executive Committee may call a remote Ordinary or Extraordinary General Assembly, i.e., to be held via any virtual medium, when deemed appropriate, whereby these bodies shall be tantamount to their face-to-face counterparts. When it comes to the convening, quorum and voting processes, these shall be governed by the same provisions as for face-to-face meetings, although calls and the voting system shall be governed by the specifications set out in this article.

2. The call for virtual General Assemblies shall be served on the members listed with voting rights and it shall set out the agenda, the period for which the Assembly shall unfold, the voting period(s) and the closing date of the Assembly.

3. The period for the unfolding of the Assembly, during which all the items of the agenda shall be simultaneously and individually subject to discussion in the forums set up by the Association to this end, shall by default be set at two days, whereby it

may be extended by a further two calendar days at the decision of the Executive Committee.

4. Once the two calendar days of the period of discussions have elapsed, along with the two additional days if requested, and once the conclusions to be subject to a vote have been accepted, the voting period shall commence whereupon every member shall cast their vote on each of the items on the agenda.

5. The voting period is set with a duration by default of two calendar days. Throughout the voting period, and in real time, the outcomes shall be visible on the Association's website. Voting cannot be delegated and members shall accept the authenticity and reliability of the voting system the Association has made available.

6. Votes shall be publicly disclosed and roll-called to assure their transparency and authenticity.

7. Once two days have elapsed following the closure of the final voting process, the Secretary shall disclose the definitive outcomes by drawing up the respective minutes which shall be released under the same terms as the minutes of face-to-face General Assemblies.

THE EXECUTIVE COMMITTEE

Article 22

1. The Executive Committee is the governing body of the Association which regulates, administers, and represents it. The body is formed by the Chair, the Vice Chair, the Secretary and 3 members.
2. The choice of its members, who must also be among the associates and be of legal age, shall be made by means of a vote in the General Assembly. The persons chosen shall begin their duties after accepting the position.
3. The appointment and termination of the positions shall be brought to the attention of the persons chosen by means of a certificate issued by the outgoing Secretary

with the approval of the outgoing Chair, and it shall also include acceptance from the persons who will hold those positions.

4. If there are several candidates, the choice of the Executive Committee shall be made by a resolution from a simple or relative majority of members present or represented in the General Assembly (more votes in favour than against).
5. Candidates who submit a formal application shall be entitled to receive a copy of the list of members and their postal and email addresses, provided express authorisation has been issued in this regard.
6. Members of the Executive Committee shall exercise the position unremunerated.
7. The Executive Committee shall be assisted by a Technical Office formed by the General Secretary and the Treasurer, who shall not be required to previously hold the position of member of the Association. Its duties shall relate to the ordinary operation of the Association and it shall be an essentially advisory body whose opinion shall be taken into consideration at any time, albeit without voting rights for any item where it is acting as a member.
8. Moreover, the meetings may be attended by those persons the Executive Committee deems pertinent; and their opinion shall be heard though they shall not benefit from voting rights.

Article 23 Duration and grounds for termination of the position

1. Members of the Executive Committee shall exercise their position for a period of two years, notwithstanding the fact that they may be re-elected.

2. Grounds for termination of the positions of the Executive Committee before the regulatory terms of office expire may arise owing to:
   - Annulment of legal status.
   - Withdrawal notified to the governing body.
   - Severance resolved on by the General Assembly.
   - Any other grounds determined in these bylaws or in legislation.

3. Vacancies arising on the Executive Committee shall be filled in the first General

Assembly held, whether it is face-to-face or remote. In the meantime, a member of the Association may provisionally hold the vacant position if the Executive Committee so decides.

Article 24 Powers

The Executive Committee, whose members exercise their position free of charge and voluntarily, has the following powers:

a) To represent, manage and administer the Association in the broadest terms admissible in law, and to ensure the fulfilment of the decisions agreed in the General Assembly, in accordance with the rules, instructions and guidelines set by the same.
b) To issue resolutions as necessary in relation to its appearance before public bodies and in order to exercise all kinds of legal actions and file the relevant appeals.
c) To submit a proposal to the General Assembly for the defence of the interests of the Association.
d) To submit a proposal to the General Assembly for the defence of the establishment of the fees to be paid by members of the Association.
e) To call General Assemblies and ensure the resolutions adopted are adhered to.
f) To present the balance sheet and the financial statements from every financial year to the General Assembly for approval, and to draw up the budgets for the following year.
g) To hire the Association's employees.
h) To inspect the accounts and ensure services are operating as usual.
i) To set up working groups to ensure that the aims of the Association are sought as efficiently and effectively as possible and give authorisation for any actions these groups plan to carry out.
j) To appoint the members of the Executive Committee who shall be responsible for every working group at the proposal of said groups.
k) To make the necessary arrangements before public bodies, entities, and other persons to secure:
    - Subsidies or other grants.

- Use of premises or buildings that may become a place of coexistence and communication and also a centre for citizen recovery.

l) To open current accounts and savings books with any credit or savings institution and to have access to the funds deposited therein.

m) To issue a provisional resolution on any circumstance not envisaged in these bylaws and to report on it in the first meeting of the General Assembly.

n) To exercise any other power not specifically assigned to any other governing body of the Association or which has expressly been assigned to this body.

Article 25 Meetings: call, attendance, and adoption of resolutions

1. The Executive Committee, convened beforehand by the Chair or the person standing in for him, shall meet in an ordinary session as frequently as members decide, although this may never be less frequently than once a year. The meeting may be held remotely, i.e., virtually, whereby the provisions for the General Assembly not regulated in this section shall apply.

2. An extraordinary meeting of the Executive Committee shall be held when the Chair convenes such a meeting or when one is requested by half of the Committee's members.

3. The Executive Committee shall be validly convened whenever the meeting has been called beforehand and it is quorate, i.e., more than half of its members are in attendance.

4. Members of the Executive Committee shall be required to attend all meetings called, unless they give their apology for absence based on just causes. The attendance of the Chair and the Secretary, or the persons standing in for them, shall be always required.

5. The Executive Committee shall adopt resolutions by a simple majority of votes from the meeting's attendees.

Article 26 Delegation of powers

1. The Executive Committee may delegate any of the powers to the Chair or the General Secretary, provided this is granted a vote in favour from two thirds of its members.

2. With the same quorum, one or several agents may also be appointed to exercise the duties entrusted to them with all powers deemed pertinent for delegation in each circumstance.

3. The drawing up of financial statements and actions that require authorisation or approval from the General Assembly cannot be delegated.

Article 27 Book of minutes

The resolutions of the Executive Committee shall be set out in the Book of Minutes and shall be signed by the Secretary and the Chair.

At the start of every meeting of the Executive Committee, the minutes from the previous session must be read for approval or rectification, as the case may be.

THE CHAIR AND THE VICE CHAIR

Article 28

The Chair and the Vice Chair shall be chosen from among the members of the Association in the General Assembly and their positions shall be rotating based on a term of two years.

The members acting as Chair shall perform their duties unremunerated.

In the event of absence or illness, the Chair shall be replaced by the Vice Chair or the eldest member in the meeting, always in this order.

Article 29 Duties of the Chair

1. To direct and legally represent the Association by delegation of the General Assembly and the Executive Committee.
2. To preside over and direct discussions of both the General Assembly and the Executive Committee.
3. To cast a deciding vote in the event of a tie.
4. To determine the call for meetings of the General Assembly and the Executive Committee.

THE TREASURER AND THE SECRETARY

Article 30 The Treasurer

The Treasurer has the following duties:

a. Custody and control over the Association's resources.
b. Responsibility for the review and monitoring of the financial strategy.
c. Drawing up the annual budget.
d. Drawing up the balance sheet and the settlement of accounts.
e. Keeping a cash ledger.
f. Signing receipts for fees and other treasury documents.
g. Payment of invoices approved by the Executive Committee, which must be approved by the Chair beforehand.
h. Responsibility for depositing surplus in deposits with banking institutions.

In order to perform any of his duties, he may seek assistance from one or more technicians belonging to one of the local governments' member of the Association. This staff may give support to administrative arrangements and those relating to treasury duties, among others.

The Treasurer shall perform his duties unremunerated.

Article 31 The General Secretary

The elected General Secretary has custody of documentation of the Association, draws

up, drafts and signs the minutes of the meetings of the General Assembly and the Executive Committee, draws up and authorises certificates that need to be issued, and is also responsible for the day-to-day keeping of the Record Book of members of the Association.

CHAPTER V. COMMITTEES OR WORKING GROUPS

Article 32

The setting up and establishment of any committee or working group shall be considered by members of the Executive Committee of the Association who wish to form them, and they shall explain the activities they propose performing.

CHAPTER VI. ASSOCIATION YEAR AND FINANCIAL SYSTEM

Article 33

The financial and association year shall be annual and end on 31 December each year. The financial statements shall be closed on 31 December each year. As an exception, the first year shall begin on the day the founding instrument is signed and it shall end on 31 December that same year.

Article 34

The Association shall secure its financial means from the following sources:

a) Fees set by the General Assembly for its members.
b) Official or private subsidies.
c) Donations, inheritances or bequests.
d) Income from the equity or other revenue obtained.

MEMBERSHIP FEES

Article 35

Members of the Association has the obligation to support it financially through annual

fees of 100 euros, these fees could be modify in the manner and for the amounts determined by the General Assembly at the proposal of the Executive Committee.
The General Assembly may set admission fees, regularly monthly fees (to be paid monthly, quarterly, or twice yearly, as stipulated by the Executive Committee) and extraordinary fees.

Article 36

The signatures of the Chair, the Treasurer and the Secretary shall be set out in the current accounts or savings books at the savings or credit institutions.

In order to have access to the funds, two signatures shall suffice, one of which shall be from the Treasurer or the Chair.

CHAPTER VII. DISCIPLINARY SYSTEM

Article 37

The governing body may penalise any infringements committed by members.
These infringements may be classified as minor, serious and very serious; and the relevant penalties may range from a warning to expulsion from the Association, as specified in the internal regulations.

Article 38 Penalty procedure

The penalty procedure shall begin *ex officio* or as a result of a complaint or communication. Within a period of 10 days, the Executive Committee shall appoint an investigator, who shall process the penalty procedure and put forward a resolution within a period of fifteen days, following a prior hearing with the suspected infringing party. The final resolution, which shall be reasoned and approved by two thirds of the members of the Executive Committee, shall be adopted by this governing body also within a period of fifteen days.

In the event of penalties owing to very serious infringements agreed by the Executive

Committee, the interested parties may apply for ratification of the penalty in the first General Assembly held.

CHAPTER VIII. AMENDMENTS TO THE BYLAWS, MERGER, DISSOLUTION AND LIQUIDATION OF THE ASSOCIATION

Article 39

Any motion for a revision of the bylaws, dissolution, liquidation, or merger of the Association shall be issued by at least 10 members of various countries, and the decision on the amendment thereof shall be made by the General Assembly.

Article 40

In these cases, members of the Association shall be notified of the motions at least two months prior to the meeting of the General Assembly in which the motions shall be subject to consideration.

Article 41

No decision on amendments to the bylaws or the dissolution, liquidation or merger of the Association may be adopted unless at least two thirds of members are represented and provided it is approved by two thirds of valid votes.

Article 42

In relation to the provisions of the foregoing article, if fewer than two thirds of members are represented in the first meeting, in the next meeting the General Assembly may make an irrevocable decision regardless of the number of local government members represented.

Article 43

The Association may be dissolved if the General Assembly, called extraordinarily expressly for this purpose, so resolves.

The Association shall be dissolved at the wishes of its members as expressed in a

General Assembly called to this end, and in accordance with the majorities set out in article 20 of these bylaws.

Article 44

In the ultimate instance of the dissolution of the Association, the Executive Committee shall make the necessary and relevant arrangements with regard to determining the intended use of the assets and rights of the Association, as well as all arrangements relating to the purpose, termination and settlement of any outstanding operation of the Association.

The assembly shall be empowered to elect a liquidation committee if deemed necessary, whereby this committee shall be responsible for performing the liquidation duties for the Association.

Members of the Association are exempt from individual liability. Their liability shall be limited to fulfilling the obligations they have voluntarily taken on.

Any net surplus arising from the liquidation shall be handed over directly to a public or private non-profit institution which carries out an activity similar to that performed by the Association or an activity for other charitable purposes in the same geographical region of action as the Association.

CHAPTER IX. RELATIONS WITH THE SECRETARIAT OF MAYORS FOR PEACE

Article 45

The cities that will comprise the Association shall be in continual communication and cooperation with the international secretariat of Mayors for Peace, reporting to it any decisions and actions promoted on their soil, which shall be aligned with the bylaws, plan of action and strategy followed by Mayors for Peace, pursuant to the Preamble.

CHAPTER X. MISCELLANEOUS

Article 46

Any aspects not dealt with in these bylaws shall be governed by the applicable rules of prevailing Spanish legislation.

Article 47

The initial official languages of the Association shall be Spanish and English. The Association may make decisions regarding the working languages taking into consideration the language of its members and available resources.

MAYORS FOR PEACE EUROPEAN CHAPTER

OPERATIONAL PLAN 2021

1. Overview

1.1 Overview of the Mayors for Peace and European Chapter

1.2 Terms of Reference and Governance

1.3 Key priorities of the European Chapter

1.4 Chapter actors, partners and stakeholders to engage with

2. Objectives, activities and outcomes for 2021

2.1 Develop a Communications strategy for activities and events

2.2 Deliver a high quality, flexible Secretariat to member authorities

2.3 Develop webinars, conferences and relevant events

2.4 Influence local governments, European Governments, the European Commission, the European Parliament and other international institutions

2.5 Develop and enhance existing and new coalitions of support

OVERVIEW

1.1 Overview of the Mayors for Peace and European Chapter

In August 1945, single atomic bombs dropped on the cities of Hiroshima and Nagasaki instantly reduced them to rubble, taking more than 210,000 precious lives. With more than 70 years since the bombings, many survivors (hibakusha) still suffer from the physical and emotional aftereffects of radiation. To spread throughout the world the hibakusha's ardent wish symbolized in the message that "no one should ever suffer as we have", and to ensure it is passed on to future generations, Hiroshima and Nagasaki remain steadfast in our assertion to the world that nuclear weapons are inhumane and continue to call for their abolition.

On June 24, 1982, at the 2nd UN Special Session on Disarmament held at the UN Headquarters in New York, then Mayor Takeshi Araki of Hiroshima called for cities throughout the world to transcend national borders and join in solidarity to work together to press for nuclear abolition. Subsequently, the Cities of Hiroshima and Nagasaki established "The World Conference of Mayors for Peace through Inter-city Solidarity" (now, Mayors for Peace), composed of mayors around the world who formally expressed support for this call. In 1991, the organization was registered as a NGO in Special Consultative Status with the UN Economic and Social Council (ECOSOC).

On August 5, 2001, the organization changed its name from "The World Conference of Mayors for Peace through Inter-city Solidarity" to "Mayors for Peace".

European members of Mayors for Peace have always played a prominent role in its development and make up over 3,000 members of its 8,000 global membership. After the Mayors for Peace Executive and General Conference in 2017, European Lead Cities have worked together at ways to develop closer cooperation and a more formalised structure to develop projects and activities across the continent. There is also a desire to deepen membership interest and activity in the work of Mayors for Peace, as well as engage with European and international institutions. There was an added desire to also assist Hiroshima and Nagasaki in the promotion of nuclear disarmament initiatives in Europe, as well as support the promotion of safe, resilient and more peaceful towns and cities.

On November 4th, 2019 a special meeting was held after the Mayors for Peace Executive Conference of European Lead Cities in City Hall, Hannover. At this meeting it was agreed by European Lead Cities to establish a European Chapter of Mayors for Peace. It was agreed that the Chair of the Chapter would be the Mayor of Granollers, with the Vice Chair the Lord Mayor of Manchester. It was also agreed that the City of Granollers, a constituent part of the Provincial Council of Barcelona, would provide secretariat support to develop the European Chapter. An initial agreement for funding the development of this Chapter has also been made with the Provincial Chapter of Barcelona over the period 2020 – 2024.

1.2 Terms of Reference and Governance

Throughout 2020, a European Lead Cities Working Group has developed the Chapter's activities and discussed its terms of reference and wider governance. This work has been delayed by the Covid-19 pandemic, which has prevented face-to-face meetings and meant activity has had to be moved online. This also prevented a European Chapter meeting at the postponed Executive and General Conference of Mayors for Peace, which had planned to take place in Hiroshima on the 3rd – 6th August 2020.

The City of Granollers has developed a full set of legal statutes with an international legal firm and these are being finalised and agreed by the Working Group. They will then need to be formally agreed by the Mayors of each European Lead City as part of the development of a Board of Trustees.

A full copy of the legal statutes can be found at: xxx

The core elements of governance of the European Chapter will be:

- The Chair of the Chapter is currently the Mayor of Granollers, as the Secretariat for the organisation lays with the City of Granollers.
- The Vice Chair of the Chapter is the Lord Mayor of Manchester. The position of Vice Chair will be elected at each Annual Meeting of the Chapter.
- The European chapter shall be formed by the European executive cities of Mayors for Peace: Hannover (Germany), Volgograd (Russia), Malakoff (France), Manchester (the UK), Ypres (Belgium), Biograd na Moru (Croatia), Granollers (Spain), Frogn (Norway), Sarajevo (Bosnia and Herzegovina), Grigny (France) and Cervia (Italy).
- The board is supported by officers from each of the European Chapter Lead Cities.
- Other European Lead Cities will be invited to join the board by the invitation of the Chair in association with the International Secretariat in Hiroshima.
- The Board will meet annually and at relevant occasions when the International Secretariat meets.

The next stage of the development of the Chapter will be to formalise a Secretariat office and recruit an officer or consultant that can help to develop its structure, plans and priorities for the future. This will require initial financial support from the Provincial Council of Barcelona to move this forward and develop an organisation that can become financially and organisationally self-sustaining.

This work will include engaging with European Lead Members and the Hiroshima Secretariat, as well as starting to look to develop links with European and international institutions and prominent European cities.

1.3 Key priorities of the European Chapter

The overall objective of the European Chapter is to develop a vision and practical actions to promote and deepen the role of cities and local authorities in building more peaceful societies across the continent. The key priorities are to:

- Campaign for nuclear disarmament initiatives with a European focus on security and community cohesion/tolerance.
- Address other key issues related to SDG 16 (Promote peaceful and inclusive societies for sustainable development) and other relevant UN Sustainable Development Goals.
- Create a more pronounced Mayors for Peace identity in Europe by implementing an advocacy/communications strategy.
- Increase membership within Europe, but also assist in making Mayors for Peace membership more visible and encouraging more active members – this includes increasing the number of Lead Cities and national / cross-national Chapters of Mayors for Peace across the continent.
- Develop a robust and more longer-term and sustainable structure in Europe by establishing an autonomous organization and implementing a targeted fundraising strategy.

1.4 Chapter actors, partners and stakeholders to engage with

- Mayors for Peace Secretariat
- European Commission and European Parliament
- The International Campaign to Abolish Nuclear Weapons (ICAN)
- Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI)
- Nuclear Free Local Authorities (NFLA)
- United Cities and Local Governments (UCLG)
- Global Parliament of Mayors
- Parliamentarians for Nuclear Non-Proliferation and Disarmament (PNND)
- Council of European Municipalities and Regions
- Eurocities
- Provincial Council of Barcelona

OBJECTIVES, ACTIVITIES AND OUTCOMES FOR 2021

OBJECTIVES	ACTIVITIES PLANNED	EXPECTED OUTCOMES
2.1 Develop a Communications strategy for activities and events	2.1.1 Design a Chapter website, develop a Wordpress platform and update the content on demand 2.1.2 Send a quarterly newsletter to all European member cities 2.1.3 Develop a Communications Action Plan 2.1.4 Create new social media channels: Twitter, Facebook and YouTube	2.1.1 Website launched on March 2021 and updated weekly/monthly by all European Lead Cities through Wordpress users 2.1.2 Newsletter template developed on April 2021 and schedule fixed for this year 2.1.3 Communications Action Plan developed before July 2021 2.1.4 Accounts activated on April 2021
2.2 Deliver a high quality, flexible Secretariat to member authorities	2.2.1 Host the European Secretariat in Granollers City Council in cooperation with Barcelona Provincial Council 2.2.2 Activate an email address for the European Secretariat as well as other corporative channels 2.2.3 Develop joint strategies with the European Executive Advisor, in close coordination/communication with the Executive Board of the Chapter and the Secretariat	2.2.1 Legal statutes agreed and registered on May 2021 2.2.2 Email address activated on March 2021 2.2.3 The European Executive Advisor attend the European working group meetings and participate in the decision-making
2.3 Develop webinars, conferences and relevant events	2.3.1 Organize a webinar about "The TPNW before its First Meeting of States Parties" 2.3.2 Organize an online first meeting Board of the European Chapter	2.3.1 Webinar developed on December 2021 2.3.2 Meeting developed on June 2021 2.3.3 Meeting developed on

	2.3.3 Attend the 10th online Executive Conference hosted by Hiroshima 2.3. 4 Support a Hiroshima and Nagasaki-led delegation to the UN Nuclear Non-Proliferation Treaty Review Conference	August 2021 2.3.4 Coordination established with the Secretariat on the agreed date
2.4 Influence Local and National Governments, the European Commission, the European Parliament and other international institutions to support the Treaty for the Prohibition of Nuclear Weapons	2.4.1 Support and encourage more towns and cities to pass resolutions supporting the TPNW 2.4.2 Write letters to the President of the European Parliament and the Vice-President in charge of coordinating the external action of the European Union to support the TPNW 2.4.3 Write letters and schedule meetings with the Foreign Minister of Member States requesting its participation as an observer in the First Meeting of States Parties 2.4.4 Prepare position statements and any other material relevant to such activity	2.4.1 At least 10 new European cities support the resolution 2.4.2 Letters sent before August 2021 2.4.3 Letter sent before December 2021 2.4.4 The European Chapter release at least 5 annual statements
2.5 Develop and enhance existing and new coalitions of support	2.5.1 Identify key cities which could be contacted with a view to becoming more formally involved in this structure 2.5.2 Develop connections with parts of Europe where Mayors for Peace would like to see more activity	2.5.1 At least 1 new capital European city establish formal contact with the European working group 2.5.2 At least 5 new key European Cities become a member of Mayor for Peace

Landeshauptstadt Hannover

Beschluss-
drucksache

b

In den Ausschuss für Integration, Europa und Internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss)
In den Verwaltungsausschuss
An den Gleichstellungsausschuss (zur Kenntnis)

Nr. 0954/2021
Anzahl der Anlagen 0
Zu TOP

Antrag auf Zuwendung aus Mitteln des Integrationsfonds 2021 an den Verein gEMiDe e.V. für das Projekt: „Jugend trotzt Corona“

Antrag,
eine Zuwendung in Höhe von bis zu

12.000 €

aus dem Ergebnishaushalt 2021,Teilhaushalt 50, Produkt 11137, Migration und Integration, aus Mitteln des Integrationsfonds für den Verein gEMiDe e.V. zur Durchführung des Projekts: „Jugend trotzt Corona“ zu bewilligen.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten
Die Teilnahme an dem zu fördernden Projekt steht allen Personen unabhängig von ihrem Geschlecht offen. Die Auseinandersetzung mit Diskriminierung im Alltag ist ausdrücklich Teil der Maßnahme, die Kategorien Geschlecht und Gender werden dabei ebenfalls berücksichtigt.

Kostentabelle
Darstellung der zu erwartenden finanziellen Auswirkungen in Euro:

Teilfinanzhaushalt 50 - Investitionstätigkeit

Investitionsmaßnahme	**Bezeichnung**	
Einzahlungen	**Auszahlungen**	
	Saldo Investitionstätigkeit	**0,00**

Teilergebnishaushalt 50

Angaben pro Jahr

Produkt 11137 Migration und Integration

Ordentliche Erträge	**Ordentliche Aufwendungen**	
	Transferaufwendungen	12.000,00
	Saldo ordentliches Ergebnis	**-12.000,00**

Begründung des Antrages
Der Antragsteller möchte mit dieser Maßnahme etwas gegen die negativen Auswirkungen der Corona Pandemie auf sozial benachteiligte Familien, insbesondere solche von Migrant*innen und Menschen mit Fluchterfahrung unternehmen. Die Pandemie trifft gerade Jugendliche, weil diese während des Lockdowns auf zwei ihrer typischen Sozialräume (Familie, Schule, Freundeskreis) verzichten müssen. Das Projekt schafft Möglichkeiten der Interaktion im Freien, zudem werden neue Wege der Selbstdarstellung erfahrbar. Der Träger hat in einer Kleingartenkolonie in Linden einen Lerngarten eingerichtet und will dort eine Jugendbühne aufbauen. Die zu fördernden Aktivitäten wie Poetry Slams, Improvisationstheater etc. sollen auf dieser Freibühne stattfinden. Alle Teilnehmer*innen planen die Aktivitäten mit. Durch die gemeinsame Arbeit entstehen Anregungen und Gesprächsanlässe, die helfen sich der eigenen Ressourcen bewusst zu werden. Letztlich sollen Bewältigungsstrategien zu Verbesserung der eigenen häuslichen Situation entwickelt werden. Zusätzlich werden Exkursionen ins Umland von Hannover geplant und durchgeführt. Dies ist als ein Gegengewicht zum digitalen Alltag gedacht. Durch eine Beteiligung am WIR2.0-Prozess und eine Aktion zum 100jährigen Geburtstag von Sophie Scholl wird zudem das Demokratieverständnis gestärkt und für eine positive Haltung zur diversen Stadtgesellschaft geworben.

Der Träger hat 3.000 € bei der Lotto-Sport-Stiftung eingeworben (Bewilligung liegt vor) und bringt 500 € Eigenmittel ein, das entspricht zusammen 22,58 Prozent der geplanten Kosten. Die Verwaltung befürwortet den Antrag, eine Zuwendung in Höhe von bis zu 12.000 Euro zu bewilligen.

50.60
Hannover / 23.04.2021

Landeshauptstadt Hannover

Informations-
drucksache

In den Jugendhilfeausschuss
In den Gleichstellungsausschuss
In den Ausschuss für Integration, Europa und Internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss)
In den Sozialausschuss
In den Schul- und Bildungsausschuss

Nr. 0658/2021
Anzahl der Anlagen 1
Zu TOP

BITTE AUFBEWAHREN - wird nicht noch einmal versandt

Auswertung der telefonischen Fachberatung zum Schutz von Kindern und Jugendlichen in der Zeit vom 01.01.2020 – 31.12.2020

Mit der vorliegenden Informationsdrucksache wird auf Basis der jährlichen statistischen Dokumentation die Entwicklung der Beratungen durch die telefonische Fachberatung zum Schutz von Kindern und Jugendlichen in der Zeit vom 01.01.2020 – 31.12.2020 dargestellt.

Der Fachbereich Jugend und Familie ist als Träger der öffentlichen Jugendhilfe gemäß § 4 Abs. 2 Satz 1 KKG und § 8b Abs. 1 SGB VIII gesetzlich verpflichtet, Berufsgeheimnisträger*innen und Personen, die beruflich in Kontakt mit Kindern und Jugendlichen stehen, eine Beratung durch eine Insoweit erfahrene Fachkraft zur Einschätzung einer Kindeswohlgefährdung anzubieten.
Mit der telefonischen Fachberatung zum Schutz von Kindern und Jugendlichen wird ein zielgruppenspezifisches und bedarfsgerechtes Beratungsangebot in der Landeshauptstadt Hannover zur Verfügung gestellt, das seit dem 01.01.2015 in Kooperation mit der Region Hannover angeboten wird (Informationsdrucksache 0001/2015).

Berücksichtigung von Gender-Aspekten
Das Angebot richtet sich generell an alle Geschlechter. Geschlechtsspezifische Bedingungen von Kindern und Jugendlichen im Rahmen des Kinderschutzes werden fachlich in die Beratungen zur Einschätzung einer Kindeswohlgefährdung und in die Dokumentationen einbezogen.

Kostentabelle
Es entstehen keine finanziellen Auswirkungen.

51.2
Hannover / 18.03.2021

Fachberatung zum Schutz von Kindern und Jugendlichen - Auswertung des Beratungsangebotes gem. § 4 KKG und § 8b SGB VIII der Landeshauptstadt Hannover und der Region Hannover - Berichtszeitraum 01.01.- 31.12.2020[1]

Inhalt

1. Anspruchsberechtigte Zielgruppen 1
2. Öffentlichkeitsarbeit 1
3. Anzahl der Anrufe und gesetzliche Grundlagen 2
4. Kontexte der Fachberatung 4
5. Beratene Berufsgruppen – Kontext Schule 5
6. Kontext Schulformen 6
7. Standorte der anfragenden Personen 7
8. Dauer der Fachberatung 8
9. Geschlecht der Kinder und Jugendlichen 8
10. Altersgruppen der Kinder und Jugendlichen 9
11. Ergebnis der Gefährdungseinschätzung 10
12. Art der Kindeswohlgefährdung 11
13. Weitere Handlungsschritte der Fachkraft 12
14. Ausblick 13

1. Anspruchsberechtigte Zielgruppen

Die anspruchsberechtigten Zielgruppen sind kontextgebunden und im Bundeskinderschutzgesetz (BKischG) gesetzlich definiert:

Gemäß § 4 Gesetz zur Kooperation und Information im Kinderschutz (KKG) sind die anspruchsberechtigten Personen sogenannte Berufsgeheimnisträger*innen, wie Ärzt*innen, Hebammen/Entbindungspfleger, andere Angehörige eines Heilberufes, Berufspsycholog*innen, Ehe-, Familien-, Erziehungs- oder Jugendberater*innen, Beratungsfachkräfte für Suchtfragen und nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz, Sozialarbeiter*innen und Sozialpädagog*innen und Lehrkräfte.

Gemäß § 8b Sozialgesetzbuch (SGB) VIII sind dies grundsätzlich alle Personen, die beruflich in Kontakt mit Kindern und Jugendlichen stehen, wie z.B. pädagogische Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe, Personen die haupt-, nebenberuflich, auf Honorarbasis oder ehrenamtlich in Vereinen und Verbänden tätig sind, professionelle Fachkräfte außerhalb der Kinder- und Jugendhilfe (z.B. Mitarbeiter*innen beim Jobcenter, Sozialamt oder der Behinderten- und Obdachlosenhilfe); Mitarbeiter*innen in Musikschulen und kommerziellen Ferien- und Freizeitangeboten sowie Ausbilder*innen von jugendlichen Lehrlingen, Ausbildungspart*innen und Lesementor*innen.

2. Öffentlichkeitsarbeit

Trotz und wegen der besonderen Situation in der Corona-Pandemie hat die Fachberatung zum Schutz von Kindern und Jugendlichen auch im Jahr 2020 in Netzwerken und Gremien über

[1] Aufgrund von Rundungsdifferenzen kann es bei den dargestellten Grafiken zu Abweichungen nach oben oder nach unten von 100% kommen.

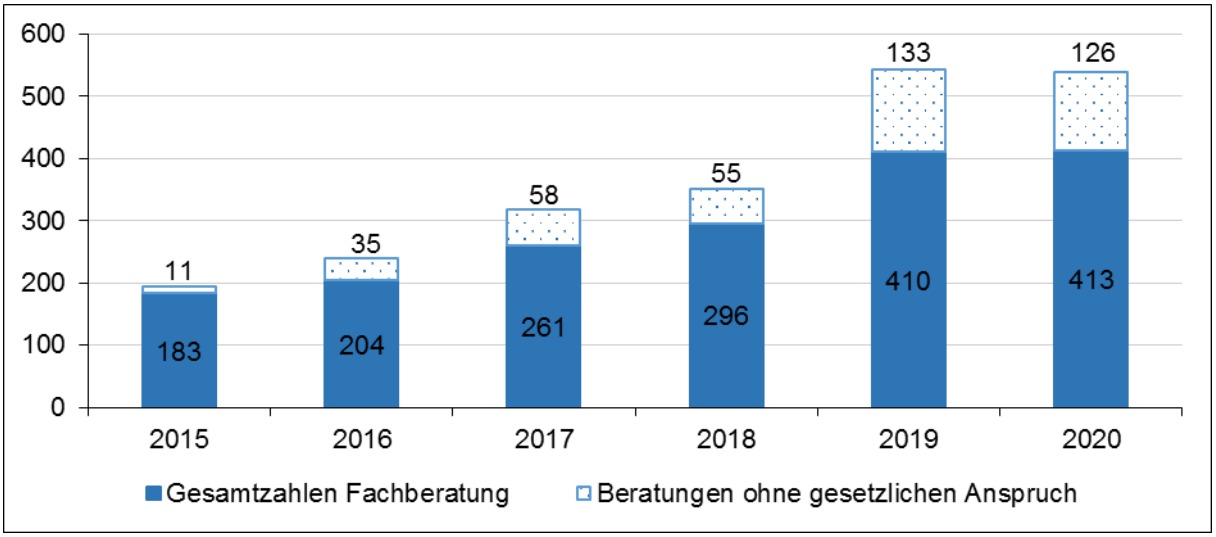
ihre Angebote informiert. Unterschiedliche Akteur*innen innerhalb und außerhalb der Jugendhilfe wurden in Schulungen zum Kinderschutz fortgebildet. Dazu gehörten neben angehenden Lehrkräften im Rahmen eines Studienseminars auch Mitarbeitende des Familiencoaching-Centers im Jobcenter Hannover sowie Personal der Unterkünfte für Geflüchtete und des Obdachs. Während einer Dienstbesprechung der Beratungslehrkräfte des Regionalen Landesamtes für Schule und Bildung Hannover konnten diese über das Angebot der telefonischen Fachberatung zum Schutz von Kindern und Jugendlichen und zum Kinderschutz informiert werden.

Um auch die Schulen in privater Trägerschaft in der für Schüler*innen und Lehrkräfte besonderen Herausforderung während der Corona-Pandemie zu unterstützen, wurden diese mittels eines Informationsanschreibens auf die Möglichkeit der Inanspruchnahme der telefonischen Fachberatung aufmerksam gemacht.

Alle kinderärztlichen, gynäkologischen, Kinder- und Jugendpsychiatrischen sowie –therapeutischen Praxen Hannovers wurden von der Fachberatung angeschrieben und über ihre Rolle im Kinderschutz und das Angebot der telefonischen Fachberatung nach § 4 KKG und § 8b SGB VIII informiert. Darüber hinaus konnten die Fachkräfte der Hebammenzentrale der Region Hannover und des Kinder- und Jugendkrankenhaus Auf der Bult im Rahmen eines Vortrags über die Fachberatung zum Schutz von Kindern und Jugendlichen informiert werden.

Eine Präsenzveranstaltung der Fachberatung zum Schutz von Kindern und Jugendlichen war für das Jahr 2020 bei den Mitarbeitenden des Ambulanten Justizsozialdienst geplant, der in regelmäßigem Kontakt mit der Fachberatung im Rahmen der gemeinsamen Netzwerkarbeit steht. Da eine Präsenzveranstaltung aufgrund der Situation in der Corona-Pandemie ausfallen musste, wurde der Ambulante Justizsozialdienst zunächst schriftlich über das Angebot der Fachberatung nach § 4 KKG und § 8b SGB VIII informiert.

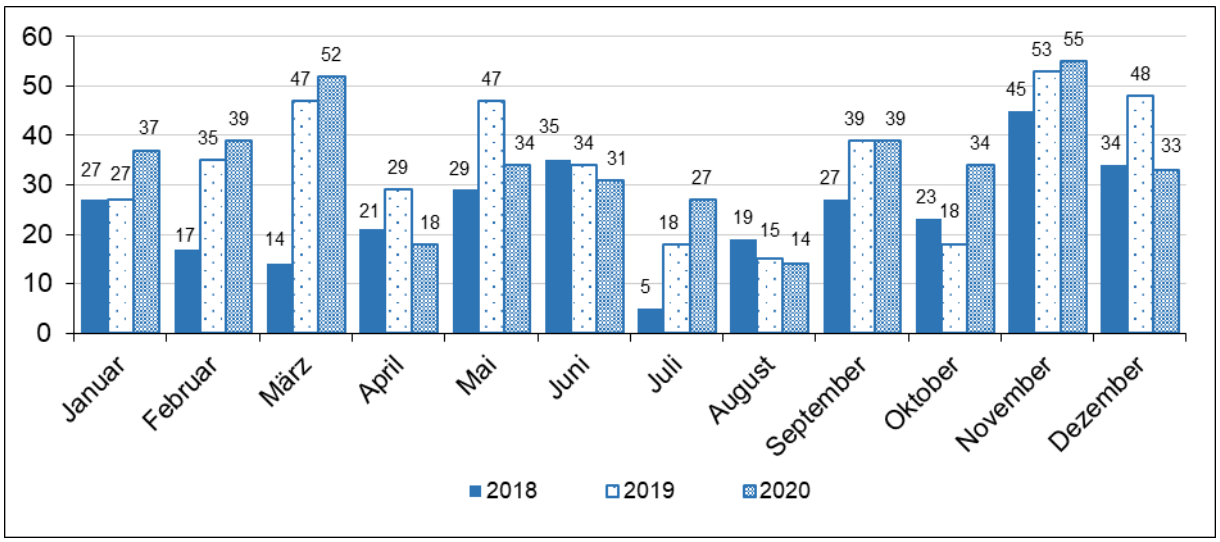
3. Anzahl der Anrufe und gesetzliche Grundlage



Im Berichtszeitraum vom 01.01. - 31.12.2020 wurden insgesamt 539 Beratungen durch die Fachberatung zum Schutz von Kindern und Jugendlichen geführt. Im Vergleich zum Jahr 2019 ist dieser Wert nahezu gleichbleibend und zählt im Durchschnitt, bei 255 Werktagen, trotz Lockdowns in Schulen und Jugendhilfeeinrichtungen aufgrund der Corona-Pandemie fast zwei Fachberatungen pro Tag. Die Anzahl der in Anspruch genommenen Beratungen hat sich somit auch im Jahr 2020 leicht erhöht.

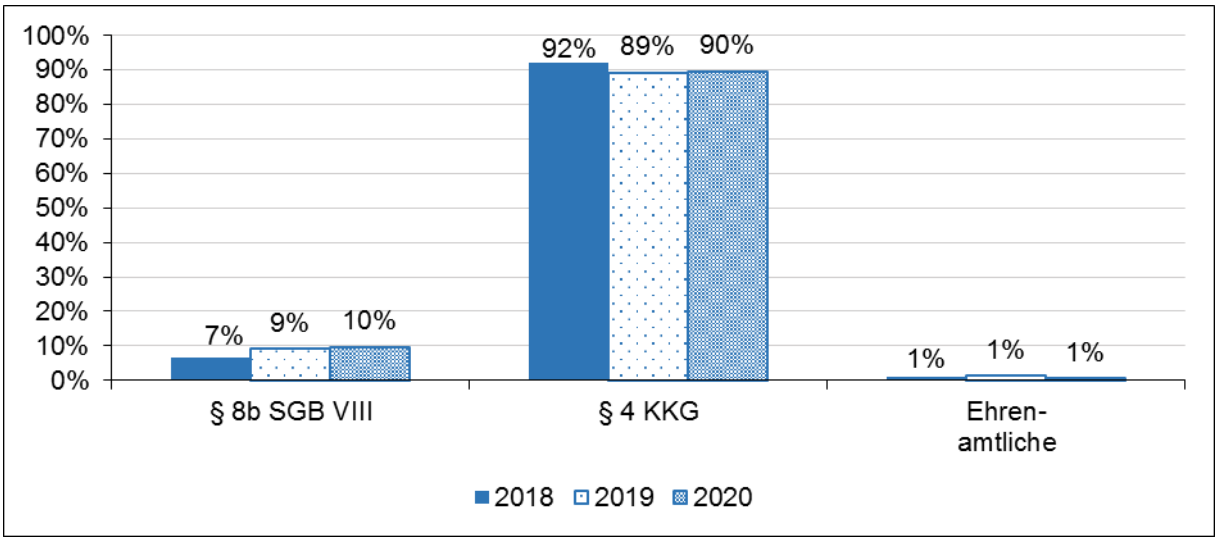
Aufgrund der kontinuierlichen und breiten Öffentlichkeitsarbeit der vergangenen Jahre ist das Angebot der Fachberatung zum Schutz von Kindern und Jugendlichen in der Landeshauptstadt, sowie der Region Hannover inzwischen bekannt und etabliert.

Der Anteil der Anrufenden ohne gesetzlichen Anspruch auf die Fachberatung gemäß § 8b SGB VIII / § 4 KKG ist mit 126 Anrufen seit dem Jahr 2019 auf einem hohen Niveau und bindet deswegen überdurchschnittlich Kapazitäten. Die Internetpräsenz www.hannover.de/fachberatung-kinderschutz der telefonischen Fachberatung zum Schutz von Kindern und Jugendlichen wurde aktualisiert und Personen ohne gesetzlichen Anspruch gemäß § 8b SGB VIII oder § 4 KKG erhalten Informationen über entsprechende weitergehende Beratungsmöglichkeiten.



Im Jahr 2020 ist die Anzahl der Beratungen in vier Monaten angestiegen, z.B. in Ferienzeiten. In der Regel sinken mit Beginn der Ferienzeiten die Zahlen der Beratungen ab.

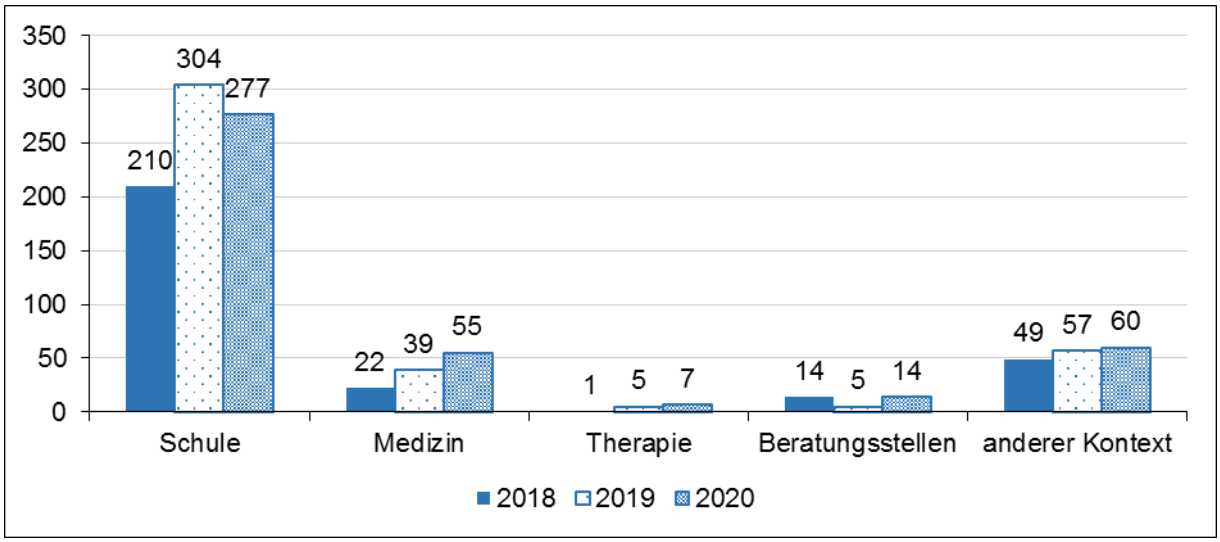
So wurde im Monat März 2020 trotz Beginn des ersten Lockdowns mit der einhergehenden Schließung aller Schulen und Kindertagesstätten ab dem 16. März, sowie im Juli 2020 vor dem Start der Sommerferien am 16. Juli deutlich mehr Beratungen verzeichnet als in den vergleichbaren Zeiträumen der Vorjahre. Der Anstieg lässt sich damit erklären, dass vor allem die Fachkräfte in den Schulen als größte Anrufer*innengruppe vor längeren Kontaktpausen Fälle abschließend berieten. Dahingegen waren die Zahlen während der Lockdowns in den Monaten April und Dezember rückläufig.



Mit 90 % ist der Anteil der Beratungen von Berufsgeheimnisträger*innen gem. § 4 KKG gegenüber den Vorjahren fortdauernd hoch. Auch die Verteilung der beiden Zielgruppen ist weiterhin relativ gleichbleibend.

Der leichte Anstieg der geführten Beratungen kann auf die Öffentlichkeitsarbeit zum Angebot der telefonischen Fachberatung zurückgeführt werden (vergl. 2. Öffentlichkeitsarbeit), was dazu führte, dass das Angebot nachhaltig genutzt wurde.

4. Kontexte der Fachberatung



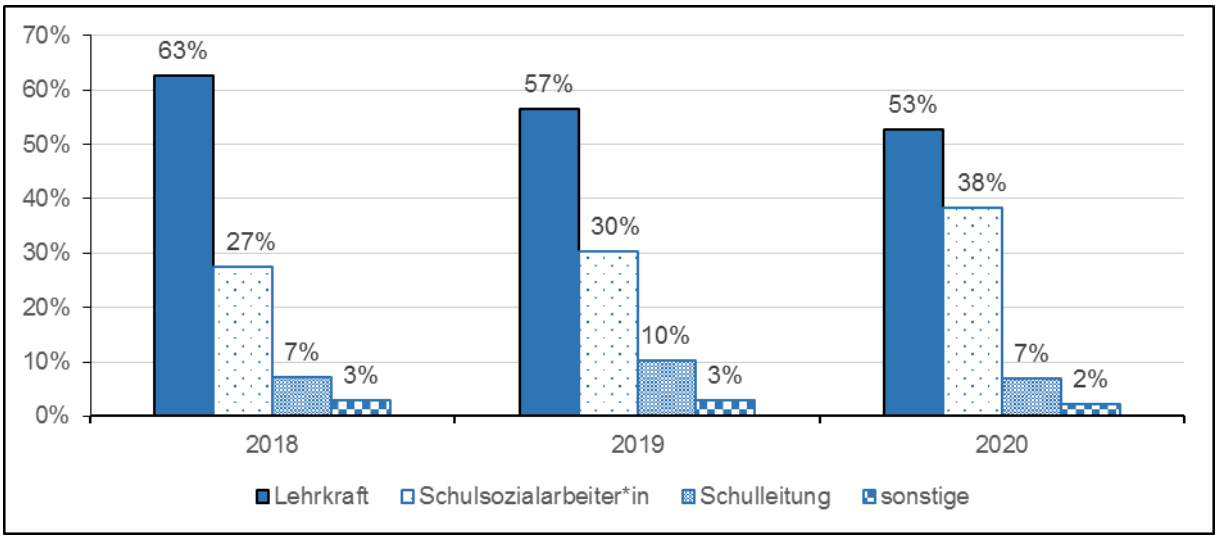
67 % der Anrufenden kommen aus dem Kontext Schule. Hierzu zählen neben den Lehrer*innen und Schulleiter*innen auch Schulsozialarbeiter*innen. Ihr Beratungsanspruch wird durch den § 4 Abs. 2 KKG geregelt. Die Schule stellt im Leben von schulpflichtigen Kindern einen entscheidenden Lebensraum dar. Strukturell bedingt werden somit im Kontext Schule besonders häufig Indikatoren zum Kinderschutz sichtbar. Im Zusammenhang mit den Lockdownphasen und den damit einhergehenden Beschränkungen sind im Jahr 2020 leicht sinkende Fallzahlen der in Anspruch genommenen Fachberatungen im Kontext Schule ersichtlich. Wurden im Jahr 2019 noch 304 Fachberatungen im Kontext Schule durchgeführt, so waren es im Jahr 2020 insgesamt 277 Beratungen. Gründe hierfür können die eingeschränkten (Sozial-)Kontakte der Fachkräfte mit den Schüler*innen aufgrund von Homeschooling und Wechselunterricht sein.

Ein Anstieg der in Anspruch genommenen Fachberatungen kann aus dem Bereich Medizin verzeichnet werden. Der Bereich Medizin umfasst folgende Berufsgruppen: Ärzt*innen, Psycholog*innen, Kinder- und Jugendpsychotherapeut*innen und Hebammen. Mit diesen Berufsgruppen wurden 55 Fachberatungen im Jahr 2020 gegenüber 39 im Jahr 2019 durchgeführt. Diese Steigerung kann unmittelbar auf die Öffentlichkeitsarbeit zum Fachberatungstelefon zurückgeführt werden, da alle medizinischen und therapeutischen Praxen in der LHH einen Informationsbrief zum Kinderschutz erhalten haben.

Mehr als verdoppelt hat sich die Anzahl der Anrufe im Kontext von Therapie und Beratungsstellen. Hierbei handelt es sich um Berufspsycholog*innen, Ehe-, Familien-, Erziehung- oder Jugendberater*innen sowie Suchtberater*innen und Berater*innen, die nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz beraten.

Die unter „anderer Kontext“ zusammengefasste Personengruppe sind Mitarbeitende, die in unterschiedlichsten beruflichen Zusammenhängen mit Kindern und Jugendlichen Kontakt haben. Hier haben sich insbesondere Mitarbeitende aus dem Flüchtlingsbereich, dem Obdach sowie der Kindertagespflege, aber auch von der Polizei, Feuerwehr, dem Ambulanten Justizsozialdienst oder dem Jobcenter zum Kinderschutz beraten lassen.

5. Beratene Berufsgruppen – Kontext Schule

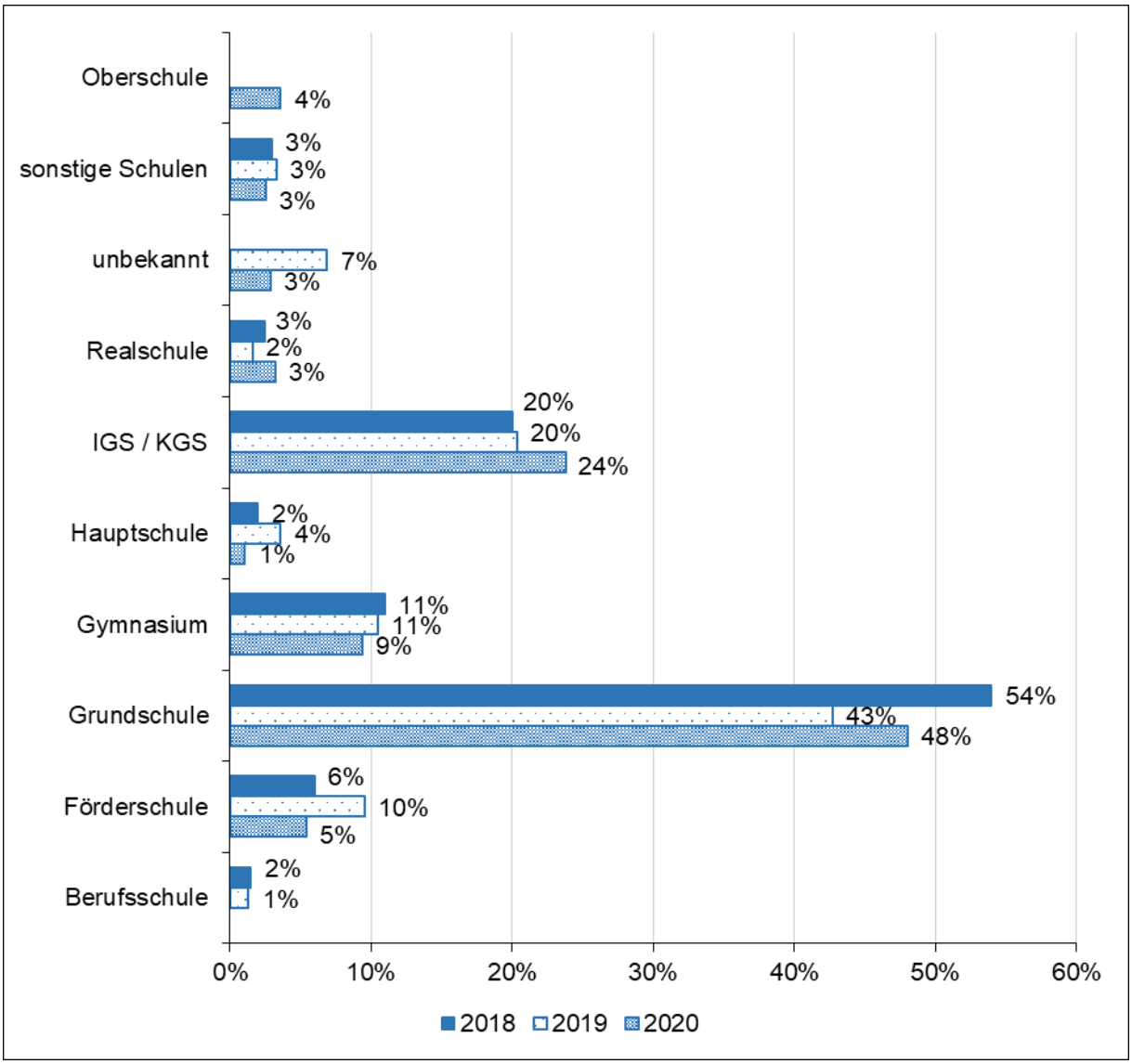


Beratene Berufsgruppen 2020	absolut	relativ
Lehrkraft	146	53%
Schulsozialarbeiter*in	106	38%
Schulleitung	19	7%
Sonstige	6	2%

Besonders die Berufsgruppen im Kontext Schule, wie Schulleitungen, Lehrkräfte und Schulsozialarbeiter*innen, nehmen die Fachberatung in Anspruch. Im Jahr 2020 lassen sich 67 % des gesamten Beratungsaufkommens diesen drei Berufsgruppen zuordnen. Den größten Anteil nach den Lehrkräften nehmen dabei die Schulsoziarbeiter*innen ein. Beide Berufsgruppen machen zusammen 90% der Anrufe im Kontext Schule aus. Der Anteil der Schulleitungen sowie der sonstigen Berufsgruppen im Kontext Schule – hierzu zählen beispielsweise pädagogische Mitarbeiter*innen – ist im Jahr 2020 deutlich zurückgegangen. Dahingegen konnten die Fachkräfte aus der Schulsoziarbeit vor allem auch während der Schulschließungen im Frühjahr, sowie in den Phasen des Wechselunterrichts eher kontinuierliche und auch persönliche Kontakte zu den Schüler*innen halten. Dies hat dazu geführt, dass trotz insgesamt gesunkenem Anteil der Beratungen im Kontext Schule, die Anzahl der in Anspruch genommenen Fachberatungen durch die Schulsozialarbeiter*innen gestiegen ist.

Die telefonische Fachberatung gemäß § 4 KKG wird vor allem von Schulsozialarbeiter*innen des Landesprogramms „Schulsozialarbeit in schulischer Verantwortung“ genutzt, denen im Gegensatz zu dem kommunal eingesetzten Schulsozialarbeiter*innen keine insoweit erfahrene Fachkraft zur Beratung zur Verfügung steht.

6. Kontext Schulformen

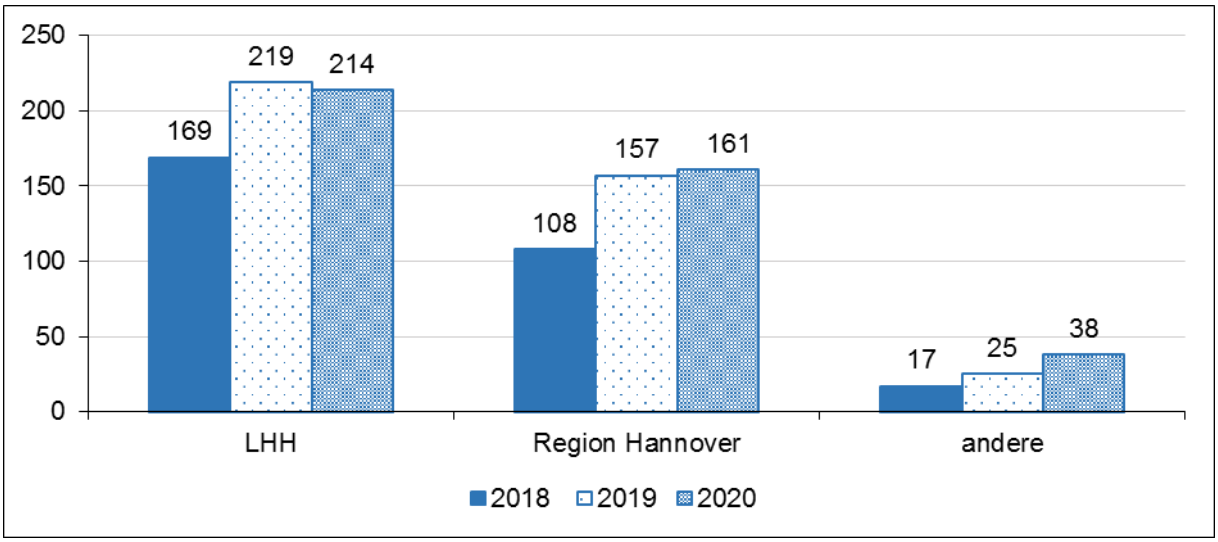


Betrachtet man die Verteilung der Anrufer*innen entsprechend der Schulformen, so ist das Beratungsaufkommen aus dem Bereich Grundschule nach wie vor mit 48 % am stärksten ausgeprägt.

Auch der Anteil der Fachberatungen an den Integrierten und Kooperativen Gesamtschulen sowie den Realschulen ist im Vergleich zum Jahr 2019 angestiegen. Die Beratungen im Kontext Oberschulen wurden im Jahr 2020 erstmalig gesondert erhoben.

Unter „sonstige Schulen“ werden freie bzw. private Schulen erhoben.

7. Standorte der anfragenden Personen

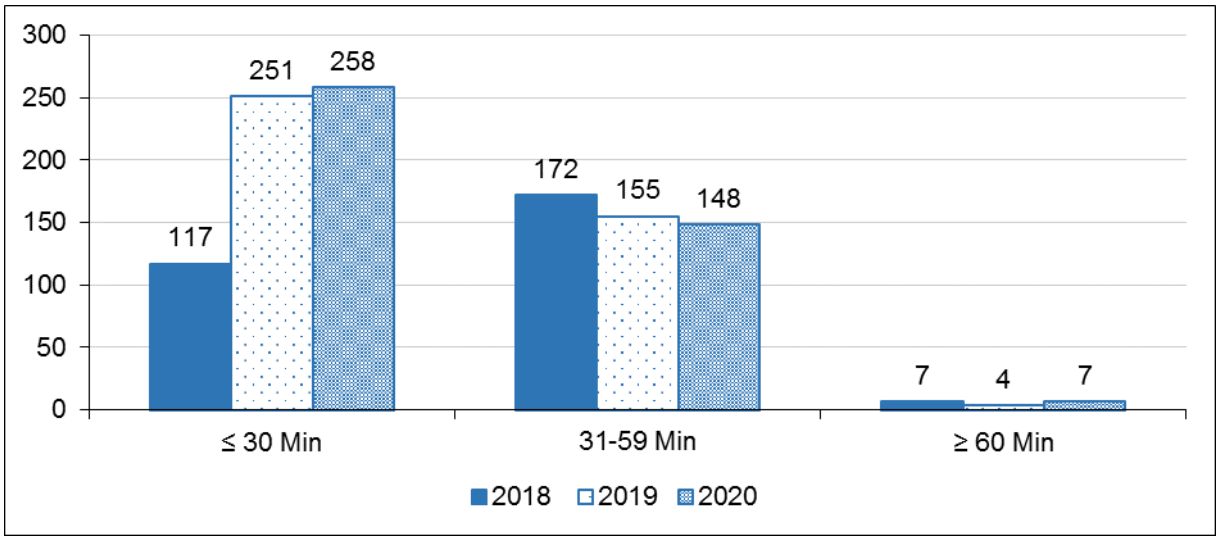


Eine ähnliche Verteilung wie im Jahr zuvor weisen sowohl die Anrufe aus dem Gebiet der Landeshauptstadt Hannover als auch aus dem Gebiet der Region Hannover auf.

Einen leichten Anstieg gegenüber dem Vorjahr hat der Bereich „anderer Ort“ mit 38 Beratungen zu verzeichnen. Da der Beratungsanspruch gegenüber Berufsgruppen und anspruchsberechtigten Personen besteht, die im beruflichen Kontext mit Kindern und Jugendlichen zu tun haben, werden auch Anrufende außerhalb der Region Hannover und der Landeshauptstadt Hannover beraten. Es wird grundsätzlich keine anrufende Person abgewiesen. In der Region Hannover halten auch eigenständige Jugendämter wie Laatzen, Langenhagen, Lehrte und Burgdorf eine gesetzliche Beratung gemäß § 4 KKG / § 8b SGB VIII vor, deren Beratungen werden hier nicht erfasst. Anfragende Personen, die unter dem Punkt „anderer Ort“ erfasst werden, können daher folgende Faktoren zum Hintergrund haben:

- unbekannte oder anonym gehaltene Orte,
- eigenständige Jugendämter der Region Hannover (Laatzen, Langenhagen, Lehrte, Burgdorf – exklusive LHH),
- andere Jugendämter aus dem Bundesgebiet.

8. Dauer der Fachberatung

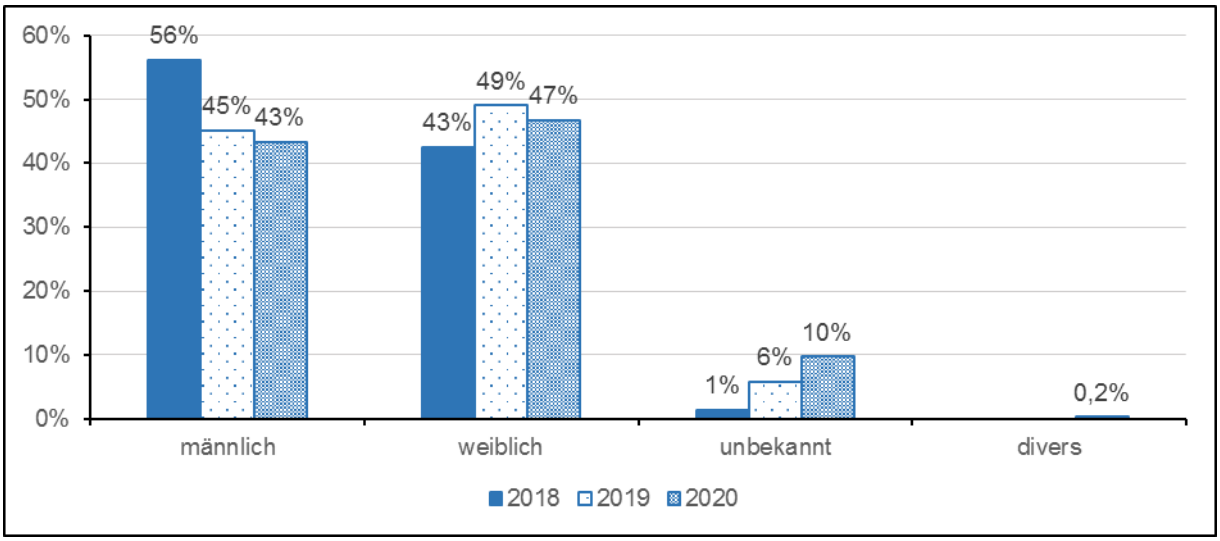


Auf nahezu gleichbleibendem Niveau bewegen sich die telefonischen Fachberatungen hinsichtlich der Dauer der durchgeführten Beratungen. Durch den inzwischen hohen Bekanntheitsgrad der Fachberatung sind die anrufenden Fachkräfte zu großen Teilen mit dem teilstandardisierten Verfahren vertraut und entsprechend gut vorbereitet. Dies wirkt sich positiv auf den Beratungsverlauf aus und führt in vielen Fällen zu einer Klärung der konkreten Fragestellungen der Fachkräfte in einem Zeitrahmen bis 30 Minuten bei gleichbleibend hoher Qualität.

Eine zeitliche Begrenzung von 30 Minuten wird durch die Fachberatung nicht forciert und kann neben den benannten Faktoren auch Ausdruck der begrenzten zeitlichen Kapazitäten der anrufenden Person sein.

Mit 148 geführten Beratungen ist der Bereich der Beratungen „31-59 Minuten“ gleichbleibend hoch und stabil. Komplexe Fälle binden entsprechende zeitliche Ressourcen, um dem Kinderschutz gerecht werden zu können.

9. Geschlecht der Kinder und Jugendlichen

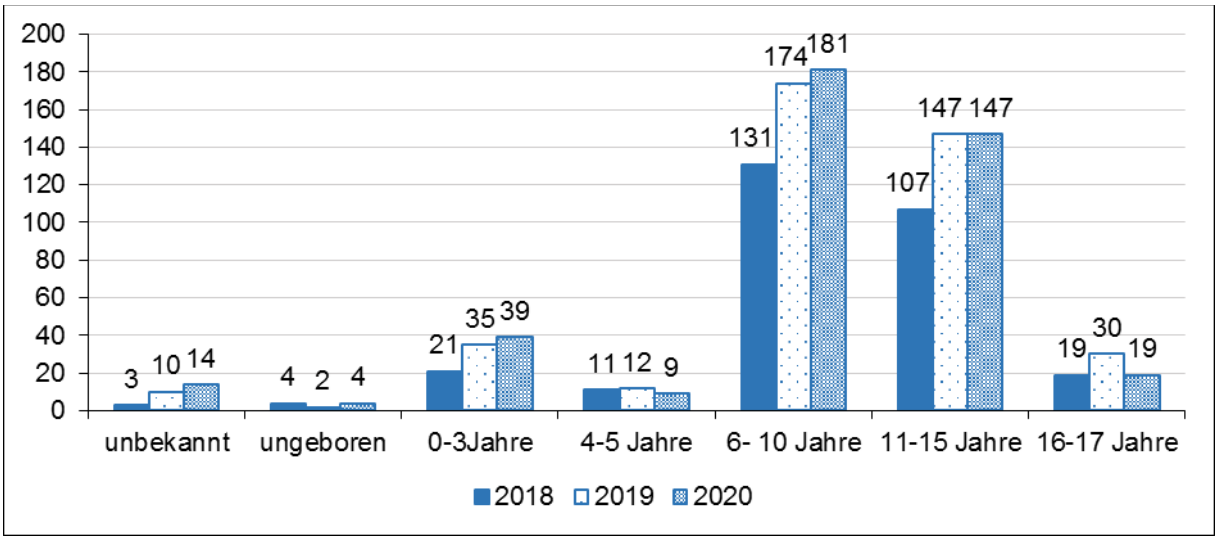


Die Verteilung der Geschlechter auf männlich 43 % und weiblich 47 % kann aufgrund der erhobenen Daten für das Jahr 2020 als ebenso ausgewogen beschrieben werden wie in 2019.

Ein nochmalig leichter Anstieg um 4% im Vergleich zum Vorjahr ist bei den Beratungen auszumachen, in denen das Geschlecht des Kindes oder Jugendlichen nicht genannt wurde. Besonders bei ungeborenen und neugeborenen Kindern spielt das Geschlecht zur Gefährdungseinschätzung nur eine untergeordnete Rolle.

Im Jahr 2020 wurde eine Beratung zu Kindern oder Jugendlichen mit dem Geschlechtsmerkmal „divers“ durchgeführt.

10. Altersgruppen der Kinder und Jugendlichen

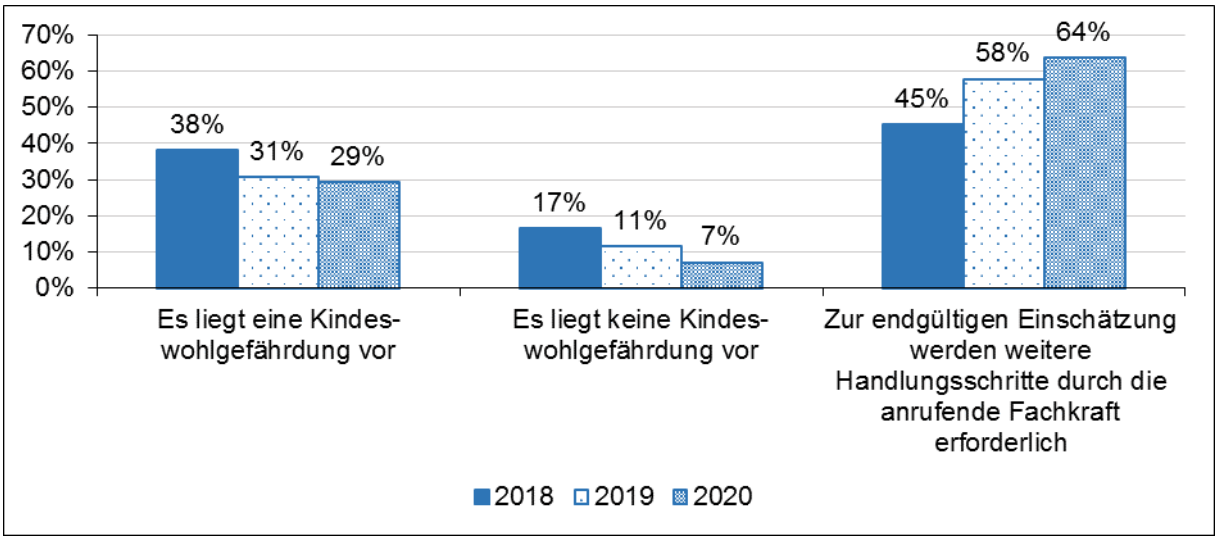


Gefährdungseinschätzungen finden überwiegend zu Kindern und Jugendlichen der Altersgruppe der 6- bis 10-Jährigen sowie zur Altersgruppe der 11- bis 15-Jährigen statt. Hier wird der Zusammenhang zwischen Anrufenden aus dem Schulkontext und der dort betreuten Altersgruppe deutlich.

Der Anstieg der Beratungen zu 0- bis 3-Jährigen generiert sich überwiegend aus dem medizinischen Bereich. Im Jahr 2020 wurden doppelt so viele Gefährdungseinschätzungen zu noch ungeborenen Kindern durchgeführt als im Vorjahr. Hier kann insgesamt ein Zusammenhang mit der zunehmenden kooperierenden Zusammenarbeit mit Geburtskliniken und Hebammen hergestellt werden.

In der Altersgruppe der 16- bis 17-Jährigen haben 11 Beratungen weniger stattgefunden als noch im Jahr 2019. Ein Zusammenhang lässt sich aus den geringeren Kontakten der Fachkräfte aus dem schulischen Bereich zur aufgeführten Altersgruppe in der Corona-Pandemie herleiten.

11. Ergebnis der Gefährdungseinschätzung



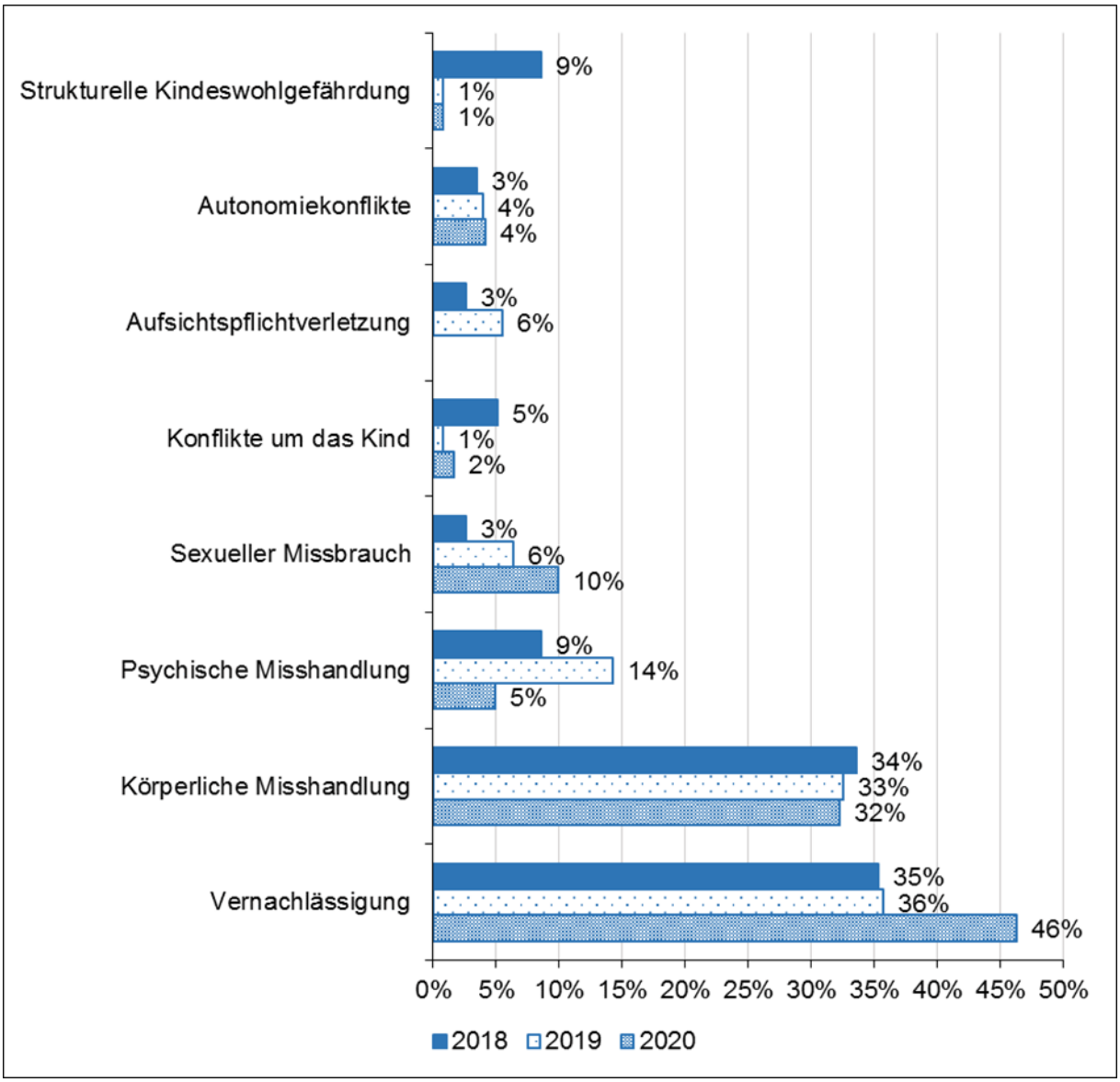
Die Einschätzung der Frage, ob und inwieweit eine Kindeswohlgefährdung vorliegt, ist eine äußerst komplexe und diffizile Aufgabe, weil sie mit mehreren Faktoren (multifaktoriell) verbunden ist und die Einschätzung hohe fachliche Kompetenz, Sicherheit und Erfahrung der Fachberatung erfordert. Weiterhin hat die Risikoeinschätzung für die Kinder oder Jugendlichen und deren Familien unterschiedliche Maßnahmen zur Folge, die Einfluss auf den weiteren Fallverlauf nehmen können. Der Einzelfall ist stets im Gesamtkontext zu bewerten und die Haltung und Handlungsfähigkeit der Eltern grundsätzlich zu klären.

Im Jahr 2020 lagen bei 29 % der erfolgten Gefährdungseinschätzungen gewichtige Anhaltspunkte für eine Kindeswohlgefährdung vor, die ein unverzügliches Handeln der anrufenden Person erforderten. Somit ist zum Vorjahr – trotz der veränderten Bedingungen in der Corona-Krise – ein gleichbleibendes Ergebnis in dieser Kategorie zu verzeichnen.

In 7 % der Beratungen konnte aufgrund der vorgenommenen Gefährdungseinschätzung eine Kindeswohlgefährdung ausgeschlossen werden. In Einzelfällen wurden andere Hilfebedarfe sichtbar, wie beispielsweise Hilfen zur Erziehung und entsprechende Handlungsschritte mit der anrufenden Person erarbeitet. In absoluten Zahlen wurden im Jahr 2020 18 Beratungen weniger durchgeführt, in denen keine Kindeswohlgefährdung vorlag.

In rund 64 % der beratenen Fälle reichten die Informationen zur abschließenden Falleinschätzung zum Beratungszeitpunkt noch nicht aus. In absoluten Zahlen sind das 26 Fallberatungen mehr als im Vorjahr. In diesen Fällen berät und erörtert die Fachberatung Wege zur ergänzenden Informationsbeschaffung und weiteren Handlungsschritten. In der Regel beinhaltet dies das persönliche Gespräch mit dem betroffenen Kind/ der*dem Jugendlichen und den Eltern. Hier wird deutlich, dass die Fachkräfte aufgrund der Kontaktbeschränkungen weniger Einblick in die Lebensumstände der Kinder und Jugendlichen haben und dadurch auch weniger Informationen, die für eine Gefährdungseinschätzung notwendig sind. Insbesondere um Kinder, Jugendliche und ihre Eltern einzubeziehen mussten andere Kommunikationswege gefunden werden.

12. Art der Kindeswohlgefährdung



Ist das Ergebnis einer Beratung „eine Kindeswohlgefährdung liegt vor“, so erfolgt auch die Zuordnung, in welcher Art und Weise das Kind/ die*der Jugendliche geschädigt wird. Aufgrund der mehrdimensionalen Fallstruktur können sich mehrere verschiedene Ausprägungen einer Kindeswohlgefährdung innerhalb eines Fallgeschehens abzeichnen. Es wird immer die prägnanteste Form für die Statistik beraten und statistisch festgehalten. Die anrufende Person hat häufig nur einen eingeschränkten Blick auf das Fallgeschehen, was in der Regel in Ihrer Funktion/ Rolle (Lehrer*in, Ärzt*in; Therapeut*in etc.) begründet ist. Die Indikatoren zu den Arten von Kindeswohlgefährdung müssen eindeutig und im Kontext eingeschätzt und beschrieben werden, damit das Jugendamt bei einer eingehenden Meldung eine erste Risikobewertung für die folgenden notwendigen Handlungsschritte vornehmen kann.

Wie bereits in den vorangegangenen Jahren liegen die Schwerpunkte bei den Kindeswohlgefährdungen insbesondere in den Bereichen Vernachlässigung mit 46 % sowie der körperlichen Misshandlung des betroffenen Kindes oder Jugendlichen mit 32 %. Im Bereich der Vernachlässigung ist ein deutlicher Anstieg um 10 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen, wohingegen der Bereich der psychischen Misshandlungen eine Senkung um 9 Prozentpunkte verzeichnet.

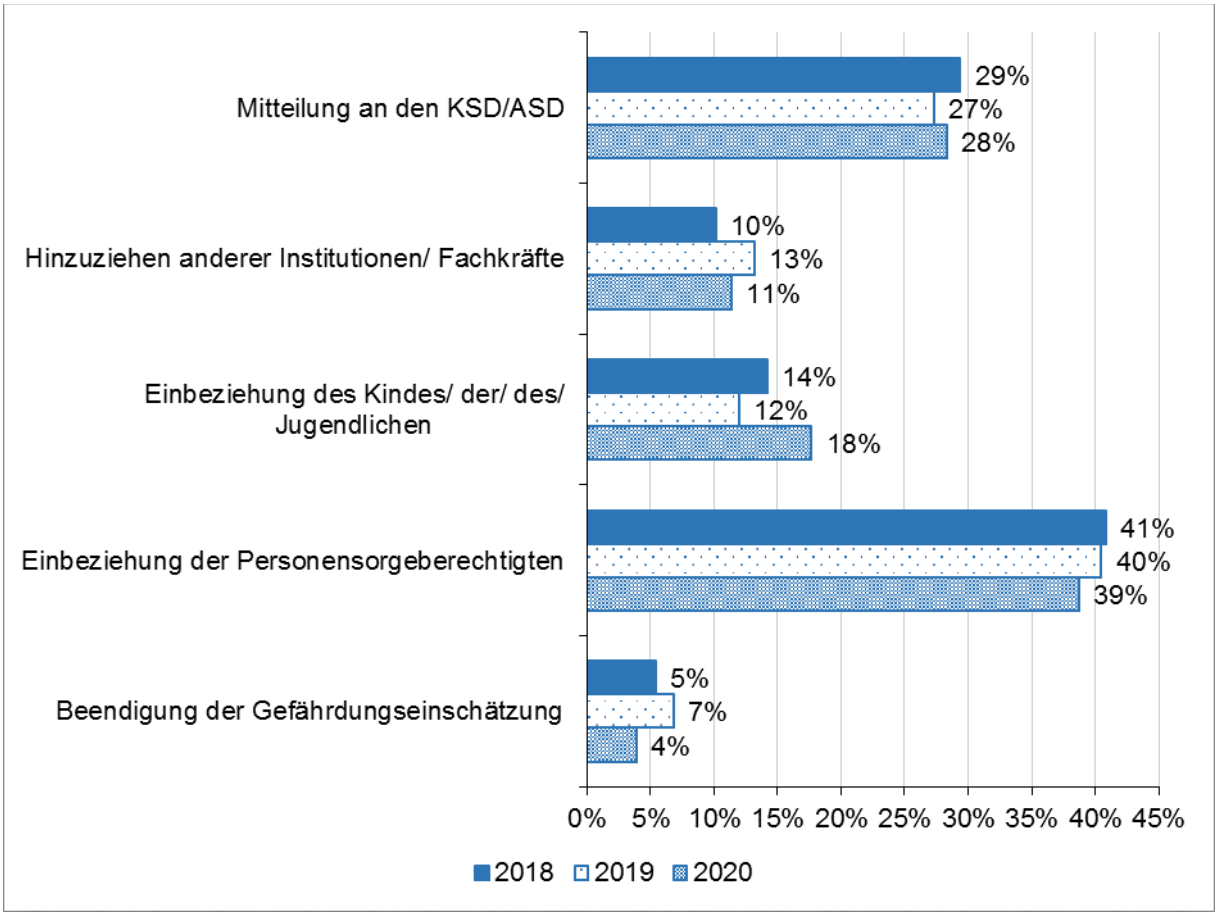
Psychische Misshandlungen sind aufgrund ihrer Struktur schwer einzuschätzen und setzten eine hohe fachliche Kompetenz der anrufenden Person sowie der Fachberatung voraus. Beispiele für psychische Misshandlungen können Ablehnung, verweigern von emotionaler Zuwendung, ignorieren, isolieren oder Erpressung sein. Neben dem ablehnenden, zurückweisenden, abwertenden Verhalten können auch Überbehütung oder symbiotische Fesselung des Kindes Indikatoren einer seelischen Misshandlung sein.

Da psychische Misshandlungen oft mit anderen Formen von Kindeswohlgefährdungen einhergehen, kann die tatsächliche Anzahl deutlich höher liegen. Wenn eine andere Art einer Kindeswohlgefährdung ausgeprägter im Fallgeschehen ist, wird im Ergebnis der Statistik die psychische Misshandlung nicht erfasst.

Der erneut starke Anstieg in der Rubrik sexueller Missbrauch auf 10 % im Vergleich zum Vorjahr kann auch weiterhin Ausdruck der Offensive des Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs sowie der anhaltenden medialen Berichterstattung sein. Die Fälle Staufen und Lügde, sowie die Missbrauchsfälle in der katholischen Kirche haben den medialen Diskurs in den letzten Jahren stark geprägt und die Bevölkerung für das Thema sexuellen Missbrauch/ sexualisierte Gewalt sensibilisiert.

Im Jahr 2020 wurde keine Fachberatung durchgeführt, bei der eine Aufsichtspflichtverletzung das Ergebnis der Gefährdungseinschätzung war.

13. Weitere Handlungsschritte der Fachkraft



Weitere Handlungsschritte ergeben sich nach der Bewertung der von den Anrufenden geschilderten Anzeichen für eine mögliche Kindeswohlgefährdung (Indikatoren). Hierbei ist das Leitziel der Fachberatung, den Kinderschutz bestmöglich zu gewährleisten, indem die anrufende Person in ihrer Rolle im Kinderschutz gestärkt wird. Es können mehrere Handlungsschritte vereinbart werden. Dennoch wird nur der mit der höchsten Relevanz erfasst.

Die Einbeziehung der Personensorgeberechtigten ist als nächster Handlungsschritt mit 39 % gleichbleibend hoch. Hier spiegelt sich die zunehmende Bereitschaft, mit den Eltern ins Gespräch zu gehen und gemeinsame Lösungen im Sinne des Kindes/der*des Jugendlichen zu finden.

Die Einbeziehung des Kindes/der*des Jugendlichen bzw. der Personensorgeberechtigten ist gem. § 4 KKG gesetzlicher und fachlicher Beratungsstandard. Die telefonische Fachberatung wird in diesen Fällen zusätzlich zur Vorbereitung des Elterngesprächs bzw. für das Gespräch mit dem Kind/der*des Jugendlichen genutzt.

Die Steigerung der Häufigkeit, eine Einbeziehung des Kindes/der*des Jugendlichen als nächsten notwendigen Handlungsschritt zur Klärung der Situation vorzunehmen, ist den mangelnden persönlichen Kontakten der Fachkräfte mit den Minderjährigen in den Institutionen in der Corona-Krise zuzurechnen.

Das Hinzuziehen anderer Institutionen/Fachkräfte kann für eine ergänzende Expertise zur Einschätzung der Lebenssituation des jungen Menschen notwendig und hilfreich sein. Die anrufenden Personen werden über etwaige zu beachtende datenschutzrechtliche Aspekte informiert, eine rechtliche Beratung erfolgt nicht.

Die Beendigung der Gefährdungseinschätzung erfolgt in den Fällen, in denen keine gewichtigen Anhaltspunkte vorliegen und damit verbunden die Interventionsschwelle für den Schutz und Hilfeauftrag nicht erreicht ist. In diesen Fällen sorgen sich die anrufenden Fachkräfte häufig um das Wohl eines Kindes oder einer*eines Jugendlichen und es kann ein Hilfe- und Unterstützungsbedarf deutlich werden. Bei Bedarf erhalten die anrufenden Fachkräfte Beratung über weitergehende Hilfsmöglichkeiten.

Wird im Rahmen einer Fachberatung eine Kindeswohlgefährdung festgestellt, berät die Fachberatung über einzuleitende Hilfen und Maßnahmen zur Abwendung der Gefährdung. Dies beinhaltet in der Regel die Mitteilung an den KSD/ASD.

Eine Steigerung bei den Mitteilungen an den KSD/ASD kann im Rahmen der telefonischen Fachberatung in 2020 nicht verzeichnet werden.

14. Rückblick und Ausblick

Das Corona-Jahr 2020 hat allen Fachkräften im Kinderschutz Besonderes abverlangt, da die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen durch Beziehungsarbeit geprägt ist und der persönliche Kontakt und Austausch sehr wichtig ist, um Kinder zu schützen und in ihrer Entwicklung zu fördern. In den Beratungen wurden die anrufenden Fachkräfte daher grundsätzlich darin unterstützt, den Kontakt proaktiv zu halten und aufmerksam zu bleiben.

Unverändert liegt der Schwerpunkt der Beratungen im schulischen Kontext. Informationsveranstaltungen zum Kinderschutz, die vor Corona von den Fachberater*innen der Koordinierungsstelle Kinderschutz und Frühe Hilfen regelmäßig gemeinsam mit der Fachberatung der Schulsozialarbeit und Bezirkssozialarbeiter*innen in den schulischen Gremien durchgeführt wurden, sollen in diesem Jahr – per Video oder in Präsenz – wieder aufgenommen werden.

Zur Verbesserung des Kinderschutzes im Kontext Medizin hat die Arbeitsgemeinschaft der Wissenschaftlichen Medizinischen Fachgesellschaften (AWMF) nach intensiven Bemühungen unter Einbindung der Jugendhilfe und Pädagogik die S3+ Leitlinie Kindesmisshandlung, -missbrauch und -vernachlässigung im Februar 2019 veröffentlicht. Durch Kinderschutzgruppen und Notfallambulanzen an hannoverschen Kliniken und Krankenhäusern haben sich die Kooperationen zwischen medizinischen Einrichtungen und dem KSD weiterentwickelt.

Die Koordinierungsstelle Kinderschutz und Frühe Hilfen greift dieses Thema auf und entwickelt derzeit gemeinsam mit den Babylotsinnen von Diakovere Krankenhaus gGmbH ein Schulungskonzept zum Thema Kinderschutz für das medizinische Personal der Geburtsstationen

des Friederikenstifts und des Neu-Bethesdas. Ein erster Durchlauf mit mehreren Schulungsveranstaltungen soll im laufenden Jahr 2021 erfolgen. Ziel ist eine gemeinsame Kooperation mit jährlich wiederkehrenden Schulungen zum Kinderschutz.